

<https://www.realclearinvestigations.com/articles/2024/04/30/what-10-years-of-us-meddling-in-ukraine-have-wrought-spoiler-alert-it-wasnt-democracy-1027411.html>

Was 10 Jahre Einmischung der USA in der Ukraine bewirkt haben (Spoiler-Alarm: keine Demokratie)

Aaron Maté

Oben: eine Karte der Ukraine in Grün, mit den von Russland besetzten oder annektierten Gebieten in Hellgrün auf der rechten Seite - d. h. der östliche Donbas und die Halbinsel Krim im Südosten. Präsident Biden gelobt, für die Demokratie zu kämpfen, aber die jüngste Geschichte stellt dies in Frage.

Von Aaron Maté, RealClearInvestigations

30. April 2024

Während seiner erfolgreichen Lobbyarbeit im Kongress für zusätzliche 61 Milliarden Dollar für den Krieg in der Ukraine, die diesen Monat mit dem Schwenken ukrainischer Flaggen durch feiernde Demokraten im Repräsentantenhaus endete, hat Präsident Biden das Patt seiner Regierung mit Russland als existenziellen Test für die Demokratie dargestellt.

"Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation: Freiheit und Demokratie werden angegriffen, sowohl im Inland als auch im Ausland", erklärte Biden in seiner Rede zur Lage der Nation im März. "Die Geschichte schaut zu, genau wie vor drei Jahren am 6. Januar".

Während Bidens Darstellung vom politischen Establishment in Washington weitgehend akzeptiert wird, ergibt sich bei genauerer Betrachtung der Bilanz des Präsidenten und seiner obersten Dienstherren aus der Zeit der Obama-Regierung ein anderes Bild. Weit davon entfernt, die Demokratie von Kiew bis Washington zu schützen, sieht ihre Rolle in der Ukraine eher nach einer epischen Einmischung aus, die zu politischen Verwerfungen in beiden Ländern führt.

In den letzten zehn Jahren war die Ukraine das Schlachtfeld in einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland - ein Konflikt, der durch den Einmarsch des Kremls im Jahr 2022 massiv eskalierte. Der Kampf brach Anfang 2014 aus, als Biden und sein Team, damals in der Obama-Regierung,

den Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch unterstützten. Mit Milliarden von Dollar an US-Hilfe hat Washington das Personal und die Politik der nachfolgenden ukrainischen Regierungen beeinflusst und gleichzeitig seine militärische und geheimdienstliche Präsenz in der Ukraine über die CIA und die NATO ausgebaut. In dieser Zeit hat sich die Ukraine nicht zu einer unabhängigen, sich selbst tragenden Demokratie entwickelt, sondern zu einem Klientenstaat, der in hohem Maße von europäischer und amerikanischer Unterstützung abhängig ist, die ihn nicht vor den Verwüstungen des Krieges bewahrt hat.

Die Einmischung des Biden-Obama-Teams in der Ukraine hat auch zu Hause einen Bumerangeffekt ausgelöst.

Da gut vernetzte Insider des Washingtoner Gürtels wie Hunter Biden dies zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt haben, ist die Ukraine zu einer Quelle ausländischer Einmischung in das politische System der USA geworden - was bei den Wahlen 2016 und 2020 sowie bei der ersten Amtsenthebung von Donald Trump Fragen nach unappetitlichen Geschäften aufkommen ließ. Nach jahrelanger Geheimhaltung haben CIA-Quellen erst kürzlich bestätigt, dass der ukrainische Geheimdienst zu den russischen Einmischungsvorwürfen beigetragen hat, die Trumps Präsidentschaft erschüttert haben. Der erste Versuch der Demokraten im Repräsentantenhaus, Trump im Herbst 2019 eines Amtsenthebungsverfahrens zu unterziehen, war eine Reaktion auf seine Bemühungen, die Verbindungen der Ukraine zu Russiagate zu untersuchen.

Diese Darstellung der Einmischung der USA in der Ukraine, die auf verhängnisvolle Entscheidungen der Obama-Regierung, einschließlich des damaligen Vizepräsidenten Biden und seiner engsten Mitarbeiter, zurückgeht, basiert auf häufig übersehenen öffentlichen Enthüllungen. Sie stützt sich auch auf die persönlichen Aussagen von Andrii Telizhenko, einem ehemaligen ukrainischen Diplomaten und der Demokratischen Partei verbundenen politischen Berater, der eng mit US-Beamten zusammengearbeitet hat, um einen Regimewechsel in der Ukraine zu fördern.

Obwohl er einst den Einfluss Washingtons in der Ukraine begrüßte, vertritt Telizhenko heute eine andere Auffassung. "Ich bin ein Ukrainer, der weiß, wie die Ukraine vor 30 Jahren aussah und was aus ihr heute geworden ist", sagt er. "Für mich ist es ein völlig gescheiterter Staat." Seiner Ansicht nach wurde die Ukraine "direkt von den Vereinigten Staaten benutzt, um einen Stellvertreterkrieg mit Russland zu führen" und "als Lappen, um Geld für Leute wie Biden und seine Familie zu verdienen."

Das Außenministerium hat Telizhenko beschuldigt, Teil eines "mit Russland verbundenen ausländischen Einflussnetzwerks" zu sein. Im September 2020

entzog es ihm das Visum für die Einreise in die Vereinigten Staaten. Telizhenko, der jetzt in einem westeuropäischen Land lebt, in dem ihm politisches Asyl gewährt wurde, bestreitet, mit Russland zusammenzuarbeiten, und sagt, er sei ein Whistleblower, der aufdeckt, wie die Einmischung der USA sein Land geschädigt hat. RealClearInvestigations hat bestätigt, dass er eng mit hochrangigen amerikanischen Beamten zusammengearbeitet hat, während diese eine Politik vorantrieben, die darauf abzielte, die Beziehungen der Ukraine zu Russland zu kappen. Keiner der für diesen Artikel kontaktierten Beamten - einschließlich des ehemaligen CIA-Chefs John Brennan und der hochrangigen Beamtin des Außenministeriums Victoria Nuland - bestritt eine seiner Behauptungen.

Ein Putsch in "voller Abstimmung" mit den USA

November 2013: Der rechtsextreme Oleh Tyahnybok sitzt mit den gemäßigeren Oppositionsführern Arseniy Yatsenyuk und Vitali Klitschko auf dem Maidan-Platz. Das Europäische Parlament verurteilte Tyahnyboks Partei wegen "rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Ansichten", doch für Washington stellte er eine Chance dar.

Ivan Bandura/Wikimedia

Der Weg des Biden-Teams zur Beeinflussung der Ukraine begann mit dem Ausbruch der regierungsfeindlichen Unruhen im November 2013. In jenem Monat begannen die Demonstranten, den Kiewer Maidan Nezalezhnosti (Unabhängigkeitsplatz) zu füllen, nachdem der damalige Präsident Viktor Janukowitsch, ein notorisch korrupter Führer, die Unterzeichnung eines Handelspakts der Europäischen Union (EU) verzögerte. Für die Mitglieder der so genannten Maidan-Bewegung war Janukowitschs Entscheidung ein Verrat an seinem Versprechen, die Beziehungen zum Westen zu stärken, und ein beunruhigendes Zeichen russischer Loyalität in einem Land, das von seiner sowjetischen Vergangenheit heimgesucht wird.

Die Realität war komplexer. Janukowitsch hoffte, die Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu Europa aufrechtzuerhalten - und den Wettbewerb zwischen ihnen zum Vorteil der Ukraine zu nutzen. Außerdem befürchtete er, dass die Bedingungen der EU, die eine Einschränkung des Handels mit Russland forderten, seine politische Basis im Osten und Süden, wo Millionen ethnischer Russen leben, verprellen würden. Wie die International Crisis Group feststellte, befürchteten diese Janukowitsch-unterstützenden Ukrainer, dass die EU-Bedingungen "ihren Lebensunterhalt beeinträchtigen würden, von denen ein großer Teil an den Handel und die engen Beziehungen zu Russland gebunden ist". Trotz der Behauptungen, dass die Maidan-Bewegung eine

"Volksrevolution" darstellte, zeigten Umfragen aus dieser Zeit, dass die Ukrainer gleichmäßig gespalten oder sogar mehrheitlich gegen die Bewegung waren.

Nach einer anfänglichen Phase friedlicher Proteste wurde die Maidan-Bewegung bald von nationalistischen Kräften vereinnahmt, die zu einem gewaltsamen Aufstand für einen Regimewechsel aufriefen. Der Anführer der Hardliner auf dem Maidan war Oleh Tyahnybok von der Svoboda-Partei, der seine Anhänger einst dazu aufgerufen hatte, die "moskowitzisch-jüdische Mafia, die die Ukraine regiert", zu bekämpfen. Tyahnyboks Anhängern schloss sich der Rechte Sektor an, eine Koalition ultranationalistischer Gruppen, deren Mitglieder offen Nazi-Abzeichen trugen. Ein Jahr zuvor hatte das Europäische Parlament Svoboda wegen "rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Ansichten" verurteilt und die ukrainischen politischen Parteien aufgefordert, "nicht mit dieser Partei zusammenzuarbeiten, sie zu unterstützen oder mit ihr zu koalieren".

Mächtige Persönlichkeiten in Washington vertraten eine andere Auffassung: Für sie stellte die Maidan-Bewegung eine Gelegenheit dar, ihr langjähriges Ziel zu erreichen, die Ukraine in die westliche Umlaufbahn zu ziehen. Angesichts der historischen Bindungen der Ukraine an Russland könnte ihre Integration in den Westen auch dazu genutzt werden, die Herrschaft des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu untergraben.

Wie der verstorbene Zbigniew Brzezinski, der einflussreiche ehemalige nationale Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, einmal schrieb: "Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein." Zwei Monate vor dem Ausbruch der Kiewer Proteste bezeichnete Carl Gershman, Leiter der National Endowment for Democracy, die Ukraine als "den größten Preis" in der Rivalität des Westens mit Russland. Die Aufnahme der Ukraine, so Gershman, könnte Putin "nicht nur im nahen Ausland" - d. h. in den ehemaligen sowjetischen Satelliten - "sondern auch innerhalb Russlands selbst auf die Verliererstraße bringen". Kurz darauf prahlte die hochrangige Mitarbeiterin des Außenministeriums Nuland damit, dass die USA "mehr als 5 Milliarden Dollar" investiert hätten, um pro-westlichen "zivilgesellschaftlichen" Gruppen zu helfen, eine "sichere, wohlhabende und demokratische Ukraine" zu erreichen.

In dem Bestreben, aus den Unruhen Kapital zu schlagen, besuchten Persönlichkeiten aus den USA, darunter Nuland, der republikanische Senator John McCain und der demokratische Senator Chris Murphy, den Maidan-Platz. Als Zeichen der Unterstützung für die Hardliner-Fraktion der Bewegung, die nicht nur das EU-Handelsabkommen unterstützt, sondern auch den Sturz Janukowitschs fordert, traf das Trio privat mit Tyahnybok zusammen und trat

mit ihm auf der Bühne auf. Die Mission der Senatoren, so Murphy, sei es, "hier einen friedlichen Übergang herbeizuführen".

Die wichtigste Unterstützung der Maidan-Bewegung durch die USA kam vom damaligen Vizepräsidenten Joe Biden. "Nichts hätte größere Auswirkungen auf die Sicherung unserer Interessen und der Interessen der Welt in Europa als eine demokratische, wohlhabende und unabhängige Ukraine in der Region", sagte Biden.

Laut Andrii Telizhenko, einem ehemaligen ukrainischen Regierungsbeamten, der in dieser Zeit eng mit westlichen Beamten zusammenarbeitete, ging die Rolle der US-Regierung weit über diese öffentlichkeitswirksamen Solidaritätsbekundungen hinaus.

"Sobald sich der Maidan Anfang Dezember zu einem größeren Ereignis ausweitete, gab es im Grunde eine umfassende Koordinierung mit der US-Botschaft", erinnert sich Telizhenko. "Full, full."

Als die Proteste ausbrachen, war Telizhenko als Berater eines ukrainischen Parlamentsmitglieds tätig. Da er einen Teil seiner Jugend in Kanada und den Vereinigten Staaten verbracht hatte, erhielt Telizhenko aufgrund seiner fließenden Englischkenntnisse und seiner Verbindungen zum Westen eine Stelle, die ihm half, die internationalen Beziehungen der Maidan-Bewegung zu leiten. In dieser Funktion organisierte er Treffen mit ausländischen Besuchern, darunter US-Botschafter Geoffrey Pyatt, Nuland und McCain, und koordinierte die Sicherheitsvorkehrungen für sie. Die meisten dieser Besprechungen fanden im Kiewer Gewerkschaftshaus statt, dem De-facto-Hauptquartier der Bewegung im Zentrum der Stadt.

Telizhenko zufolge stimmte sich Pyatt routinemäßig mit den Führern des Maidan über die Proteststrategie ab. Bei einer Begegnung beobachtete der Botschafter, wie Mitglieder des Rechten Sektors Molotow-Cocktails zusammenstellten, die später auf Bereitschaftspolizisten geworfen wurden, die versuchten, das Gebäude zu betreten. Manchmal missbilligte der US-Botschafter die Taktik seiner Amtskollegen. "Die US-Botschaft kritisierte, wenn etwas radikaler als geplant ablief, denn das ist schlecht für das Bild", sagte Telizhenko.

Dieser Winter war von einer Reihe eskalierender Zusammenstöße geprägt. Am 20. Februar 2014 erschossen Scharfschützen Dutzende von Demonstranten auf dem Maidan-Platz. Westliche Regierungen schrieben die Morde Janukowitschs Truppen zu. Ein abgehörtes Telefongespräch zwischen NATO-Beamten erzählte jedoch eine andere Geschichte.

In dem aufgezeichneten Gespräch teilte der estnische Außenminister Urmas Paet der EU-Außenministerin Catherine Ashton mit, er glaube, dass Pro-

Maidan-Kräfte hinter dem Gemetzel steckten. In Kiew, so Paet, "wird immer deutlicher, dass nicht Janukowitsch hinter den Heckenschützen steckt, sondern jemand aus der neuen [Oppositions-]Koalition".

In dem Bemühen, die Maidan-Krise zu lösen und weiteres Blutvergießen zu vermeiden, vermittelten europäische Beamte einen Kompromiss zwischen Janukowitsch und der Opposition. Das Abkommen vom 21. Februar sah eine neue Regierung der nationalen Einheit vor, die Janukowitsch mit eingeschränkten Befugnissen bis zu den vorgezogenen Wahlen am Jahresende im Amt halten sollte. Außerdem wurde die Entwaffnung der Maidan-Kräfte und der Rückzug der Bereitschaftspolizei gefordert. Die Sicherheitskräfte der Regierung hielten ihren Teil der Abmachung ein und zogen sich zurück. Doch die ultranationalistischen Kräfte des Maidan-Lagers hatten kein Interesse an einem Kompromiss.

"Wir wollen Janukowitsch nicht an der Macht sehen", erklärte der Anführer der Maidan-Bewegung, Wladimir Parassjuk, noch am selben Tag. "... Und wenn Sie heute Morgen nicht mit einer Erklärung aufwarten, in der Sie seinen Rücktritt fordern, dann werden wir zu den Waffen greifen und gehen, das schwöre ich."

Indem sie auf einen Regimewechsel drängten, bemächtigten sich die Rechtsextremen auch der Führung gemäßigerer Oppositionsführer wie Vitali Klitschko, die das Abkommen über die Teilung der Macht unterstützt hatten.

"Das Ziel war es, die Regierung zu stürzen", sagt Telizhenko. "Das war das erste Ziel. Und alles wurde von der US-Botschaft genehmigt. Sie haben das alles im Grunde unterstützt, denn sie haben ihnen nicht gesagt, dass sie aufhören sollen. Wenn sie ihnen [den Anführern des Maidan] gesagt hätten, sie sollen aufhören, hätten sie aufgehört."

Ein weiteres durchgesichertes Telefongespräch erhärtete den Verdacht, dass die USA den Regimewechsel unterstützten. Auf dem Mitschnitt, der vermutlich im Januar von russischen oder ukrainischen Geheimdiensten abgehört wurde, diskutierten Nuland und Pyatt über ihre Wahl der Führer in einer vorgeschlagenen Regierung, die sich die Macht mit Janukowitsch teilen sollte. Ihr Gespräch zeigte, dass die USA erheblichen Einfluss auf die Fraktion ausübten, die den Sturz des ukrainischen Präsidenten anstrebte.

Tjahnybok, der offen antisemitische Chef von Swodowa, wäre im Amt ein "Problem", befürchtete Nuland, und sollte besser "draußen bleiben". Klitschko, das gemäßigtere Maidan-Mitglied, wurde ebenfalls ausgeschlossen. "Ich glaube nicht, dass Klitschko in die Regierung gehen sollte", sagte Nuland. "Ich glaube nicht, dass das notwendig ist. Ich glaube nicht, dass es eine gute Idee ist." Ein Grund dafür sei die Nähe Klitschkos zur Europäischen Union. Trotz der warmen

Worte ihrer Regierung für die Europäische Union in der Öffentlichkeit, sagte Nuland zu Pyatt: "Fuck the EU."

Die beiden US-Beamten einigten sich auf den Technokraten Arsenij Jazenjuk. "Ich denke, Jazenjuk ist der richtige Mann", sagte Nuland. Zu diesem Zeitpunkt hatte Jazenjuk den gewaltsamen Aufstand gebilligt. Die Ablehnung der Maidan-Forderungen durch die Regierung bedeute, dass "die Menschen das Recht erlangt haben, von gewaltlosen zu gewaltsamen Mitteln des Protests überzugehen".

Das einzige Problem, das noch zu lösen sei, so Pjatt, bestehe darin, "jemanden mit einer internationalen Persönlichkeit zu finden, der hierher kommt und hilft, diese Sache in die Wege zu leiten". Nuland antwortete, dass Vizepräsident Joe Biden und sein ranghoher Berater Jake Sullivan, der jetzt Bidens Nationaler Sicherheitsberater ist, sich bereit erklärt hätten, "einen Atta-Boy zu stellen und die Details festzulegen".

Nur wenige Stunden nach Abschluss des Abkommens über die Teilung der Macht wurden Nulands Wünsche erfüllt. Janukowitsch, der nicht mehr von seinen Streitkräften geschützt wurde, floh aus der Hauptstadt. Ermutigt durch die Sabotage eines von der EU vermittelten Waffenstillstands zur Teilung der Macht stürmten die Mitglieder der Maidan-Bewegung das ukrainische Parlament und setzten die Bildung einer neuen Regierung durch. Unter Verstoß gegen die parlamentarischen Regeln für Amtsenthebungsverfahren und mangels ausreichender Beschlussfähigkeit wurde Oleksandr Turtschynow zum neuen amtierenden Präsidenten ernannt. Der von Nuland unterstützte Jazenjuk wurde zum Premierminister ernannt.

Als Ausdruck ihres Einflusses wurden nach dem Staatsstreich mindestens fünf Kabinettsposten in den Bereichen nationale Sicherheit, Verteidigung und Strafverfolgung an Mitglieder der Swoboda und ihres rechtsextremen Verbündeten Rechter Sektor vergeben.

"Die unbequeme Wahrheit ist, dass ein beträchtlicher Teil der derzeitigen Kiewer Regierung - und die Demonstranten, die sie an die Macht gebracht haben - in der Tat Faschisten sind", schrieb Andrew Foxall, jetzt britischer Verteidigungsminister, und Oren Kessler, ein in Tel Aviv ansässiger Analyst, im folgenden Monat in Foreign Policy. Die Obama-Regierung leugnete zwar jede Rolle bei der Absetzung Janukowitschs, billigte diese jedoch sofort, da Außenminister John Kerry der neuen Regierung "starke Unterstützung" zusicherte.

In seinen Memoiren räumte der ehemalige hochrangige Obama-Berater Ben Rhodes ein, dass Nuland und Pyatt "den Eindruck erweckten, als würden sie eine neue Regierung auswählen, während sie verschiedene ukrainische Führer

beurteilten". Anstatt diesen Eindruck zu zerstreuen, räumte er ein, dass einige der Maidan-Führer Zuschüsse aus US-Demokratieförderprogrammen erhielten.

Im Jahr 2012 erhielt eine Pro-Maidan-Gruppe, das Center UA, den Großteil ihrer mehr als 500.000 Dollar an Spenden von der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID), dem National Endowment for Democracy, dem eBay-Gründer Pierre Omidyar und dem Finanzier George Soros.

Nach eigenen Angaben hat Soros' International Renaissance Foundation zwischen 2004 und 2014 über 109 Millionen Dollar in der Ukraine ausgegeben. In durchgesickerten Dokumenten prahlte ein ehemaliges IRF-Vorstandsmitglied sogar damit, dass seine Partner "die wichtigste treibende Kraft und das Fundament der Maidan-Bewegung" waren und dass ohne Soros' Finanzierung "die Revolution vielleicht nicht gelungen wäre". Wochen nach dem Putsch hieß es in einem IRF-Strategiedokument: "Wie während der Maidan-Protteste befinden sich die IRF-Vertreter mitten im Übergangsprozess der Ukraine."

Jeffrey Sachs, ein Professor der Columbia University, der die Ukraine in den frühen 1990er Jahren in Sachen Wirtschaftspolitik beraten hat, besuchte Kiew kurz nach dem Putsch, um sich mit der neuen Regierung zu beraten.

"Ich wurde über den Maidan geführt, wo die Menschen immer noch herumliefen", erinnert sich Sachs. "Und die amerikanischen NROs waren da, und sie beschrieben mir: 'Oh, wir haben dies und das bezahlt. Wir haben diesen Aufstand finanziert.' Da drehte sich mir der Magen um." Sachs glaubt, dass diese Gruppen auf Geheiß der US-Geheimdienste gehandelt haben. Um diesen Aufstand zu finanzieren", sagt er, "haben sie das nicht auf eigene Faust als nette NGOs gemacht. Es handelt sich um eine außerbudgetäre Finanzierung für eine US-Operation zum Regimewechsel".

Wochen nachdem er versprochen hatte, einen "Übergang" in der Ukraine herbeizuführen, sprach Senator Murphy offen seine Anerkennung dafür aus. "Ich glaube wirklich, dass die klare Position der Vereinigten Staaten zum Teil dazu beigetragen hat, diesen Regimewechsel herbeizuführen", sagte Murphy. "Ich denke, es war unsere Rolle, einschließlich der Sanktionen und Sanktionsdrohungen, die Janukowitsch teilweise aus dem Amt gedrängt haben.

Der Stellvertreterkrieg wird heiß

Kurz nach Janukowitschs Sturz wurde die Ukraine in einen Krieg verwickelt: "Kleine grüne Männchen" oder inkognito russische Soldaten besetzten das lokale Parlament der Krim.

Sebastian Meyer - Voice of America/Wikimedia

Weit davon entfernt, die Unruhen zu lösen, stürzte der Sturz von Viktor Janukowitsch die Ukraine in einen Krieg.

Nur wenige Tage nachdem der ukrainische Präsident nach Moskau geflohen war, stürmten russische Spezialeinheiten das Parlament der Krim. Im darauffolgenden Monat annektierte Russland die Krim nach einem übereilten, militarisierten Referendum, das von der Ukraine, den USA und einem Großteil der Weltöffentlichkeit verurteilt wurde. Obwohl diese Einwände wohlbegründet waren, ergaben westliche Umfragen unter den Krimbewohnern dennoch eine mehrheitliche Unterstützung für die russische Annexion.

Ermutigt durch die Ereignisse auf der Krim und angefeindet durch die neue Regierung, die ihren gewählten Führer Janukowitsch gestürzt hatte, folgten die russophilen Ukrainer in der östlichen Donbass-Region diesem Beispiel.

Am 6. und 7. April besetzten Anti-Maidan-Demonstranten Regierungsgebäude in Donezk, Luhansk und Charkiw. Die Donezker Rebellen riefen die Gründung der Donezker Volksrepublik aus. Die Volksrepublik Luhansk folgte 20 Tage später. Beide Gebiete kündigten für den 11. Mai ein Unabhängigkeitsreferendum an.

Wie auf der Krim unterstützte Moskau die Rebellion im Donbass. Doch anders als auf der Krim sprach sich der Kreml gegen die Unabhängigkeitsabstimmung aus. Die Organisatoren, so Putin, sollten "mit dem Referendum warten, um dem Dialog die Bedingungen zu geben, die er braucht, um eine Chance zu haben".

In der Öffentlichkeit behauptete die Obama-Regierung, sie sei ebenfalls für einen Dialog zwischen Kiew und den von Russland unterstützten Rebellen in der Ostukraine. Hinter den Kulissen wurde ein aggressiverer Plan geschmiedet.

Am 12. April schlich sich CIA-Chef John Brennan zu geheimen Treffen mit Spitzenbeamten in die ukrainische Hauptstadt. Russland, dessen Geheimdienste ein Netz von Informanten in der Ukraine unterhielten, machte Brennans Besuch öffentlich bekannt. Der Kreml und Janukowitsch beschuldigten Brennan direkt, einen Angriff auf den Donbass gefördert zu haben.

Die CIA wies die Anschuldigung als "völlig falsch" zurück und bestand darauf, dass Brennan eine "diplomatische Lösung" als "einzigen Weg zur Beilegung der Krise" unterstütze. Im darauffolgenden Monat betonte Brennan: "Ich war dort draußen, um mit unseren ukrainischen Partnern und Freunden zu sprechen".

Doch nicht nur Russland und Janukowitsch äußerten sich besorgt über die verdeckte Reise des CIA-Chefs. "Welche Botschaft sendet John Brennan, der CIA-Chef in Kiew, wenn er sich mit der Übergangsregierung trifft?" beschwerte

sich Senator Murphy. "Bestätigt das nicht die schlimmste Paranoia der Russen und derjenigen, die die Regierung in Kiew im Wesentlichen als Marionette des Westens betrachten?... Es ist vielleicht nicht besonders klug, Brennan in Kiew zu haben und den Eindruck zu erwecken, dass die Vereinigten Staaten irgendwie dort sind, um einen Stellvertreterkrieg mit Russland zu führen."

Laut Telizhenko, der an dem Treffen mit Brennan teilnahm und zum ersten Mal mit RCI darüber sprach, war der CIA-Chef genau zu diesem Zweck dort. Entgegen den Behauptungen der USA, so Telizhenko, "gab Brennan grünes Licht für den Einsatz von Gewalt gegen den Donbass" und erörterte, "wie die USA dies unterstützen könnten". Einen Tag nach dem Treffen kündigte Kiew eine "Anti-Terror-Operation" (ATO) gegen die Donbass-Region an und begann einen Militärschlag.

Telizhenko, der zu diesem Zeitpunkt als leitender politischer Berater von Vitaliy Yarema, dem Ersten Stellvertretenden Premierminister, arbeitete, sagt, er habe geholfen, das Brennan-Treffen zu arrangieren, nachdem er einen Anruf von der US-Botschaft erhalten hatte. "Mir wurde gesagt, dass es ein streng geheimes Treffen mit einem hochrangigen US-Beamten geben würde und dass mein Chef dabei sein sollte", erinnert er sich. "Mir wurde auch gesagt, ich solle niemandem davon erzählen.

Brennan, so erinnert er sich, kam in einem klapprigen grauen Minivan und mit einer Gruppe bewaffneter Wachen beim ukrainischen Auslandsgeheimdienst an. Unter den Anwesenden befanden sich auch der US-Botschafter Pjatt, der amtierende Präsident Oleksandr Turtschynow, der Chef des Auslandsgeheimdienstes Victor Gvozd und andere hochrangige ukrainische Sicherheitsbeamte.

Nach dem üblichen Austausch von Medaillen und Souvenirtrophäen wandte sich das Thema den Unruhen im Donbas zu. "Brennan sprach darüber, wie die Ukraine handeln sollte", sagt Telizhenko. "Ein Plan, um den Donbas in den Händen der Ukraine zu halten. Aber die ukrainische Armee war nicht vollständig ausgerüstet. Wir hatten nur Material in Reserve. Sie diskutierten über Pläne für die ATO und darüber, wie das ukrainische Militär durchgehend voll bewaffnet bleiben kann." Brennans allgemeine Botschaft lautete, dass Russland hinter den Unruhen im Donbass stecke und dass die Ukraine entschlossene, aggressive Maßnahmen ergreifen müsse, um zu verhindern, dass sich die Unruhen weiter ausbreiten.

Brennan und Pyatt reagierten nicht auf eine Bitte um Stellungnahme.

Zwei Wochen nach Brennans Besuch sprach sich die Obama-Regierung bei einem Besuch des damaligen Vizepräsidenten Biden in Kiew erneut auf höchster Ebene für den Einsatz im Donbass aus. Angesichts der "Unruhen und

der Ungewissheit", so Biden vor einer Gruppe von Gesetzgebern, habe die Ukraine nun "eine zweite Gelegenheit, das ursprüngliche Versprechen der Orangenen Revolution einzulösen" - womit er sich auf frühere Unruhen nach den Wahlen 2004-2005 bezog, die Janukowitsch, wenn auch nur vorübergehend, an der Präsidentschaft hinderten.

Rückblickend fällt Telizhenko der Kontrast zwischen Brennans Kriegstreiberei im Donbass und der laxen Reaktion der Obama-Regierung auf Russlands Krim-Übernahme einen Monat zuvor auf.

"Nach der Krim sagte man uns, wir sollten nicht reagieren", sagte er. Doch zuvor "spotteten die Amerikaner über Warnungen", dass die Ukraine die Halbinsel verlieren könnte. Als ukrainische Beamte im März mit Kollegen aus dem Pentagon zusammentrafen, "gaben wir ihnen Beweise dafür, dass die kleinen grünen Männchen" - die inkognito agierenden russischen Streitkräfte, die die Krim eroberten - "Russen waren. Sie haben es abgetan". Telizhenko vermutet nun, dass die USA die Übernahme der Krim zuließen, um einen Konflikt zwischen Kiew und den von Moskau unterstützten Ostukrainern zu schüren. "Ich glaube, sie wollten, dass die Ukraine Russland hasst, und sie wollten, dass Russland den Köder schluckt", sagte er. Hätte die Ukraine früher gehandelt, so glaubt er, "hätte die Situation auf der Krim verhindert werden können".

Als Russland die Krim kontrollierte und die Ukraine mit Unterstützung der USA den Donbass angriff, geriet das Land in einen ausgewachsenen Bürgerkrieg. In dem darauf folgenden Konflikt wurden Tausende von Menschen getötet und Millionen vertrieben. Als die ukrainischen Streitkräfte im August 2014 drohten, die Rebellen im Donbass zu überrennen, leitete der Kreml eine direkte Militärintervention ein, die das Blatt wendete. Doch anstatt der Ukraine weitere Militärhilfe anzubieten, bekam Obama kalte Füße.

Obama, so erinnerte sich der hochrangige Pentagon-Beamte Derek Chollet, war besorgt, dass eine Überflutung der Ukraine mit mehr Waffen "die Krise eskalieren" und "Putin einen Vorwand liefern würde, um weiterzugehen und in die gesamte Ukraine einzumarschieren".

Gegen den Druck aus seinem eigenen Kabinett versprach Obama der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar 2015, dass er keine tödliche Hilfe an die Ukraine schicken würde. Laut Peter Wittig, dem deutschen Botschafter in den USA, stimmte Obama mit Merkel darin überein, dass es notwendig sei, "den diplomatischen und politischen Bemühungen, die im Gange waren, etwas Raum zu geben".

Im selben Monat gab Obamas Zusage Merkel den Anstoß zum Abschluss des Minsk-II-Abkommens, eines Pakts zwischen Kiew und den von Russland

unterstützten ukrainischen Rebellen. Im Rahmen von Minsk II erklärte sich die unterlegene ukrainische Regierung bereit, den abtrünnigen Donbass-Regionen eine begrenzte Autonomie zu gewähren, wenn sich die Rebellen im Gegenzug entmilitarisieren und ihre russischen Verbündeten abziehen würden.

Im Weißen Haus stand Obama mit seiner Haltung zur Ukraine praktisch allein da. Obamas Zögern, die Ukraine zu bewaffnen, so Chollet, markiere eine seltene Situation, "in der so gut wie jeder hochrangige Beamte dafür war, etwas zu tun, was der Präsident ablehnte".

Einer dieser hochrangigen Beamten war die Beauftragte des Außenministeriums für die Ukraine, Victoria Nuland. Zusammen mit verbündeten Beamten und Gesetzgebern versuchte Nuland, den Minsker Friedenspakt zu untergraben, noch bevor er unterzeichnet war.

Während Deutschland und Frankreich Moskau und Kiew zur Annahme eines Friedensabkommens drängten, sprach Nuland bei einem privaten Treffen von US-Beamten, Generälen und Gesetzgebern - darunter Senator McCain und der künftige Außenminister Mike Pompeo - am Rande der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz. Während sie die deutsch-französischen diplomatischen Bemühungen als Beschwichtigungsversuche abtat, skizzierte Nuland eine Strategie zur Fortsetzung des Krieges mit einem neuen Zustrom westlicher Waffen. Wohl wissend, dass eine Überflutung der Ukraine mit militärischem Gerät zu einem Zeitpunkt, an dem die Obama-Regierung behauptet, ein Friedensabkommen zu unterstützen, nicht gut ankommt, machte Nuland einen PR-Vorschlag. "Ich möchte Sie dringend bitten, das Wort 'Defensivsystem' zu verwenden, um zu beschreiben, was wir gegen Putins Offensivsysteme liefern würden", sagte Nuland zu den Anwesenden.

Das Treffen in München unterstrich, dass Präsident Obama zwar öffentlich ein Friedensabkommen in der Ukraine unterstützte, aber eine überparteiliche Allianz mächtiger Akteure in Washington - darunter auch seine eigenen Auftraggeber - entschlossen war, es zu verhindern. Wie das Magazin Foreign Policy berichtete, "war die Erkenntnis vieler Europäer ..., dass Nuland ihre Bedenken, eine Eskalation mit Russland zu provozieren, zu kurz kommen ließ und verwirrenderweise nicht mit Obama übereinstimmte".

Während Nuland und andere Beamte im Stillen die Minsker Vereinbarungen untergruben, vertiefte die CIA ihre Rolle in der Ukraine. US-Geheimdienstquellen enthüllten kürzlich gegenüber der New York Times, dass die Agentur seit 2014 12 geheime Stützpunkte in der Ukraine betreibt. Der erste neue Spionagechef der Regierung nach dem Staatsstreich, Valentyn Nalyvaichenko, enthüllte außerdem, dass er nur zwei Tage nach dem Sturz Janukowitschs eine formelle Partnerschaft mit der CIA und dem MI6 einging.

Einem separaten Bericht der Washington Post zufolge hat die CIA die beiden wichtigsten Spionagedienste der Ukraine umstrukturiert und sie zu US-Vertretern gemacht. Ab 2015 baute die CIA den militärischen Nachrichtendienst der Ukraine, den GUR, so umfassend um, dass "wir ihn quasi von Grund auf neu aufgebaut haben", so ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter gegenüber der Post. "GUR war unser kleines Baby." Als Vorteil der Vertretung der CIA finanzierte die Agentur sogar ein neues Hauptquartier für den paramilitärischen Flügel des GUR und eine eigene Abteilung für elektronische Spionage.

Bei einem Auftritt vor dem Kongress im Jahr 2016 hob Nuland die umfassende Rolle der USA in der Ukraine hervor. "Seit Beginn der Krise haben die Vereinigten Staaten die Ukraine mit über 760 Millionen Dollar unterstützt, zusätzlich zu zwei Kreditgarantien in Höhe von 1 Milliarde Dollar", sagte Nuland. US-Berater "arbeiten in fast einem Dutzend ukrainischer Ministerien" und halfen bei der "Modernisierung der ukrainischen Institutionen" der staatlichen Industrie.

Nulands Kommentare unterstrichen eine übersehene Ironie der Rolle der USA in der Ukraine: Indem sie behaupteten, die Ukraine vor russischem Einfluss zu schützen, wurde die Ukraine durch amerikanischen Einfluss unterwandert.

Bumerang in der US-Politik

Die Machenschaften in der Ukraine wirkten sich zunehmend auf die Innenpolitik der Vereinigten Staaten aus. Insbesondere Bidens Amtsenthebung des ukrainischen Staatsanwalts als angeblich korruptes Unternehmen wurde zu einem Thema bei den Wahlen 2020. Eigentlich hatte Washington ein positives Bild von ihm.

C-SPAN/GODventures/YouTube

Nach dem Putsch im Februar 2014 hatte die Umwandlung der Ukraine in einen amerikanischen Klientenstaat bald einen Bumerang-Effekt, da sich die Manöver in diesem Land zunehmend auf die Innenpolitik der USA auswirkten.

"Die Amerikaner sind im ukrainischen politischen Prozess sehr präsent", stellte der Bloomberg-Kolumnist Leonid Bershidsky im November 2015 fest. "Die US-Botschaft in Kiew ist ein Machtzentrum, und ukrainische Politiker sprechen offen davon, dass Ernennungen und Entlassungen von US-Botschafter Geoffrey Pyatt und sogar von US-Vizepräsident Joe Biden überprüft werden."

Einer der frühesten und bekanntesten Fälle ereignete sich im Dezember 2015, als Biden drohte, 1 Milliarde Dollar an Hilfsgeldern zurückzuhalten, falls die Ukraine nicht ihren Generalstaatsanwalt Viktor Shokin entlasse, den der

Vizepräsident für korrupt hielt. Als Bidens Drohung im Wahlkampf 2020 erneut zum Thema wurde, hieß es laut CNN offiziell, dass "die Bemühungen um die Entlassung Shokins von der Obama-Regierung, europäischen Verbündeten" und sogar einigen Republikanern unterstützt würden.

Tatsächlich markierte die Kampagne zur Absetzung Shokins aus Sicht Washingtons einen Kurswechsel. Sechs Monate vor Bidens Besuch hatte Nuland an Shokin geschrieben: "Wir sind beeindruckt von der ehrgeizigen Reform- und Anti-Korruptions-Agenda Ihrer Regierung".

Und wie RCI kürzlich berichtete:

In einem Memo vom 1. Oktober 2015, das die Empfehlung des Interagency Policy Committee on Ukraine zusammenfasst, heißt es: "Die Ukraine hat ausreichende Fortschritte bei ihrer Reformagenda [zur Korruptionsbekämpfung] gemacht, um eine dritte [Kredit-]Garantie zu rechtfertigen." ... Einen Monat später entwarf die Arbeitsgruppe eine Vereinbarung über eine Kreditgarantie, die nicht die Absetzung von Shokin vorsah. Dann, im Dezember, flog Joe Biden nach Kiew, um seine Entlassung zu fordern.

Niemand hat erklärt, warum Shokin plötzlich ins Fadenkreuz geriet. Zu dieser Zeit ermittelte der Generalstaatsanwalt gegen Burisma, ein ukrainisches Energieunternehmen, das Hunter Biden über 80.000 Dollar pro Monat zahlte, damit er in seinem Vorstand saß.

Laut den E-Mails, die auf seinem Laptop gefunden wurden, hatte Hunter Biden seinen Vater weniger als ein Jahr zuvor einem hochrangigen Burisma-Manager vorgestellt. Burisma beauftragte auch Blue Star Strategies, eine Beratungsfirma in Washington, die eng mit Hunter zusammenarbeitete, um US-Beamte zu gewinnen, die Druck auf die ukrainische Regierung ausüben könnten, damit diese ihre strafrechtlichen Ermittlungen einstellt.

Zwei leitende Angestellte von Blue Star, Sally Painter und Karen Tramontano, waren früher als hochrangige Berater von Präsident Bill Clinton tätig.

Laut einer E-Mail, die Vadym Pozharsky, ein Berater von Burisma, im November 2015 an Hunter schickte, gehörten Besuche von "einflussreichen aktuellen und/oder ehemaligen US-Politikern in der Ukraine" zu den gewünschten "Ergebnissen" des Energieunternehmens. Der "ultimative Zweck" dieser Besuche wäre es, alle Gerichtsverfahren gegen den Eigentümer des Unternehmens, Mykola Zlochevsky, "einzustellen". Einen Monat nach dieser E-Mail besuchte Joe Biden die Ukraine und forderte die Entlassung von Shokin.

Telizhenko, der damals in Shokins Büro arbeitete und später für Blue Star tätig war, sagte, die Beweise widersprächen der Behauptung, Shokin sei unter

anderem deshalb entlassen worden, weil er es versäumt habe, Burisma zu untersuchen. "2014 wurden vier Strafverfahren gegen Burisma eröffnet, und zwei weitere wurden von Shokin zusätzlich eröffnet, als er Generalstaatsanwalt wurde", erinnert sich Telizhenko. "Wenn also jemand sagt: 'Es gab keine Strafverfahren, niemand ermittelte gegen Burma, Shokin wurde gefeuert, weil er ein schlechter Staatsanwalt war, er hat seine Arbeit nicht gemacht' ... das war alles eine Lüge. Nein, er hat seine Arbeit gemacht."

In einem Interview aus dem Jahr 2023 sagte Hunter Bidens ehemaliger Geschäftspartner, Devon Archer, dass Shokin als "Bedrohung" für Burisma angesehen wurde. Beide Fälle von Shokin gegen Burisma wurden nach seiner Entlassung eingestellt.

Einmischung in die Ukraine gegen Trump

Der erste dokumentierte Fall ausländischer Einmischung hat seinen Ursprung in der Ukraine, wie RCI im Jahr 2022 berichtete.

RCI

Während der Wahlkampf 2016 von Vorwürfen der russischen Einmischung und geheimen Absprachen dominiert wurde, stammt der erste dokumentierte Fall ausländischer Einmischung aus der Ukraine.

Telizhenko, der als politischer Referent in der ukrainischen Botschaft in Washington, D.C., tätig war, bevor er zu Blue Star kam, war ein früherer Whistleblower. Im Januar 2017 ging er an die Öffentlichkeit und erzählte Politico, wie die ukrainische Botschaft daran arbeitete, Hillary Clintons Wahlkampf 2016 zu unterstützen und Trumps Wahlkampf zu untergraben.

Laut Telizhenko wies der ukrainische Botschafter in Washington D.C., Valeriy Chaly, Mitarbeiter an, Trumps Kampagne zu meiden, weil "Hillary gewinnen würde".

Telizhenko sagt, ihm sei gesagt worden, er solle sich mit der erfahrenen demokratischen Agentin Alexandra Chalupa treffen, die auch im Weißen Haus von Clinton gearbeitet hatte. "Die US-Regierung und Leute vom Demokratischen Nationalkomitee kommen auf uns zu und bitten uns um schmutzige Informationen über einen Präsidentschaftskandidaten", erinnert sich Telizhenko. "Und Chalupa sagte: 'Ich will Schmutz. Ich will nur Trump von den Wahlen abhalten.'"

Ab Anfang 2016 stützten sich US-Beamte auf die Ukrainer, um gegen Paul Manafort zu ermitteln, den GOP-Berater, der Trumps Wahlkampfmanager werden sollte, und um eine Überprüfung von Burisma zu vermeiden, wie RCI

im Jahr 2022 berichtete. "Obamas Nationaler Sicherheitsrat empfing ukrainische Beamte und forderte sie auf, die Ermittlungen gegen Hunter Biden einzustellen und gegen Paul Manafort zu ermitteln", sagte ein ehemaliger hoher NSC-Beamter gegenüber RCI. Im Januar 2016 nahm das FBI plötzlich eine abgeschlossene Untersuchung gegen Manafort wegen möglicher Geldwäsche und Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit seiner Arbeit in der Ukraine wieder auf.

Telizhenko, der im selben Monat an einem Treffen mit ukrainischen Kollegen im Weißen Haus teilnahm, sagte, er sei Zeuge geworden, wie Beamte des Justizministeriums Vertreter des ukrainischen Korruptionsbüros bedrängten. "Die US-Beamten baten die ukrainischen Beamten um Informationen, finanzielle Informationen, über Amerikaner, die für die ehemalige ukrainische Regierung, die Janukowitsch-Regierung, arbeiteten", sagt er.

Als Telizhenko sich zu Wort meldete, hatten ukrainische Beamte bereits zugegeben, in die Wahl 2016 eingegriffen zu haben, um Clintons Kampagne zu unterstützen. Im August veröffentlichte das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) ein angeblich geheimes Buch, aus dem hervorging, dass Manafort illegale Barzahlungen in Millionenhöhe von Janukowitschs Partei erhalten hatte. Die Clinton-Kampagne, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Anfangsphase ihrer Bemühungen befand, ihren republikanischen Rivalen als russischen Verschwörer darzustellen, griff die Nachricht als Beweis für Trumps "beunruhigende Verbindungen" zu "kremlnahen Elementen in der Ukraine" auf.

Das angebliche Hauptbuch war zuerst in den Besitz des ukrainischen Gesetzgebers Serhij Leschtschenko gelangt, der behauptete, er habe es anonym per Post erhalten. Doch Leschtschenko war keine unparteiische Quelle: Er gab sich keine Mühe, seine Bemühungen um die Wahl Clintons zu verbergen. "Eine Trump-Präsidentschaft würde die pro-ukrainische Agenda in der amerikanischen Außenpolitik verändern", sagte Leshchenko der Financial Times. Für ihn war es wichtig zu zeigen, dass [Trump] ein pro-russischer Kandidat ist, der das geopolitische Gleichgewicht in der Welt zerstören kann. Dementsprechend, so fügte er hinzu, seien die meisten ukrainischen Politiker "auf Hillary Clintons Seite".

Manafort, der 2018 wegen nicht damit zusammenhängender Steuer- und anderer Finanzdelikte verurteilt werden sollte, bestritt die Behauptung. Das Hauptbuch war handgeschrieben und stimmte nicht mit den Beträgen überein, die Manafort in elektronischen Überweisungen gezahlt wurden. Außerdem soll das Buch in Janukowitschs Parteizentrale aufbewahrt worden sein, doch dieses Gebäude wurde 2014 bei einem Aufstand von Maidan-Aktivisten niedergebrannt.

Telizhenko stimmt mit Manafort überein, dass das Hauptbuch eine Fälschung war. "Ich denke, dass das Buch nur erfunden wurde, weil niemand es gesehen hat und niemand die offiziellen Dokumente selbst bekommen hat. Meines Erachtens war das Ganze eine erfundene Geschichte, nur weil sie keinen Schmutz über die Trump-Kampagne finden konnten."

Doch als die US-Medien begannen, die Trump-Russland-Verschwörungstheorien der Clinton-Kampagne zu verstärken, forderte ein vorsichtiger Trump den Rücktritt Manaforts. "Der einfachste Weg für Trump, der ganzen Ukraine-Geschichte aus dem Weg zu gehen, ist, Manafort nicht dabei zu haben", erklärte Newt Gingrich, ehemaliger Sprecher des Repräsentantenhauses und Berater der Trump-Kampagne.

Die Behauptung über das russische Hacking 2016

RCI

Die Veröffentlichung des Manafort-Ledgers und die Zusammenarbeit mit dem Democratic National Committee waren nicht das Ende der Einmischung der Ukraine in die Wahlen 2016.

Ein kürzlich in der New York Times erschienener Bericht enthüllte, dass der ukrainische Geheimdienst eine entscheidende Rolle bei der Erstellung der CIA-Behauptungen spielte, die zur Grundlage des Russiagate-Schwindels wurden - dass Russland die E-Mails der Demokratischen Partei gestohlen und über WikiLeaks veröffentlicht habe, um die Wahl Trumps zu unterstützen. Einmal mehr spielte CIA-Chef Brennan eine entscheidende Rolle.

Der Times zufolge wollten einige Obama-Beamte die Arbeit der CIA in der Ukraine einstellen, nachdem ein verpfuschter Einsatz des ukrainischen Geheimdienstes auf der Krim im August 2016 tödlich endete. Aber Brennan "überzeugte sie davon, dass dies selbstzerstörerisch wäre, da die Beziehung begann, Informationen über die Russen zu liefern, während die CIA die Einmischung der Russen in die Wahlen untersuchte". Diese "Beziehung" zwischen Brennan und seinen ukrainischen Amtskollegen erwies sich als ausschlaggebend. Laut der Times behauptete der ukrainische Militärgeheimdienst, der von der CIA eng geführt wird, einen russischen Offizier dazu gebracht zu haben, "Informationen zu liefern, die es der CIA ermöglichten, die russische Regierung mit der so genannten Fancy Bear-Hackergruppe in Verbindung zu bringen".

"Fancy Bear" ist eine von zwei angeblichen russischen Cyberspionage-Gruppen, die das FBI beschuldigt hat, den E-Mail-Diebstahl des DNC im Jahr 2016 durchgeführt zu haben. Diese Behauptung hat jedoch nicht nur eine direkte

Verbindung zur Ukraine, sondern auch zur Clinton-Kampagne. Der Name "Fancy Bear" wurde von CrowdStrike geprägt, einer privaten Firma, die direkt für Clintons Anwalt Michael Sussmann arbeitet. Wie RealClearInvestigations bereits berichtet hat, beschuldigte CrowdStrike zunächst Russland, das DNC gehackt zu haben, und das FBI stützte sich bei der Beweisführung auf die Firma. Jahre nachdem er Russland öffentlich des Diebstahls beschuldigt hatte, musste CrowdStrike-Geschäftsführer Shawn Henry in einer eidesstattlichen Aussage vor dem Kongress zugeben, dass das Unternehmen "keine konkreten Beweise" dafür hatte, dass russische Hacker Daten von den DNC-Servern entwendet hatten.

Das Eingeständnis von CrowdStrike über die Beweislücke in der russischen Hacking-Behauptung sowie die kürzlich bekannt gewordene Rolle des ukrainischen Geheimdienstes bei der Erstellung dieser Behauptung wurden während der gesamten Untersuchung des Sonderberaters Robert Muller über die angebliche russische Einmischung unter Verschluss gehalten. Doch als Trump Antworten auf beide Fragen verlangte, wurde er erneut zum Ziel einer Untersuchung.

Ende September 2019, Wochen nach Muellers stockender Aussage vor dem Kongress - die Trump-Feinde unzufrieden machte, weil er keine ausreichenden Beweise für eine russische Verschwörung gefunden hatte -, starteten die Demokraten im Repräsentantenhaus einen Versuch, Trump wegen des Einfrierens von US-Waffenlieferungen im Rahmen eines angeblichen Schemas, mit dem die Ukraine unter Druck gesetzt werden sollte, gegen die Bidens zu ermitteln, anzuklagen. Auslöser für das Amtsenthebungsverfahren war eine Anzeige eines Whistleblowers über ein Telefongespräch zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelensky zwei Monate zuvor. Der "Whistleblower" wurde später von RealClearInvestigations als Eric Ciaramella identifiziert, ein Geheimdienstmitarbeiter, der als Ukraine-Berater für den damaligen Vizepräsidenten Biden tätig war, als dieser die Entlassung von Shokin forderte, sowie für die andere wichtige Kontaktperson der Obama-Regierung für Kiew, Victoria Nuland.

Bei Trumps berüchtigtem Telefonat mit Zelensky im Juli 2019 ging es jedoch nicht in erster Linie um die Bidens. Dem Protokoll zufolge bat Trump Zelensky stattdessen, ihm "einen Gefallen" zu tun und bei einer Untersuchung des Justizministeriums über die Ursprünge von Russiagate zu kooperieren, die, wie er behauptete, ukrainische Verbindungen hätten. Trump berief sich dabei insbesondere auf CrowdStrike, den Auftragnehmer der Clinton-Kampagne, der die Behauptung aufgestellt hatte, Russland habe die E-Mails der Demokratischen Partei gehackt. Die von CrowdStrike aufgestellte Behauptung

der russischen Einmischung, so Trump gegenüber Zelensky, habe irgendwie "mit der Ukraine begonnen".

Mehr als vier Jahre nach dem Anruf und acht Jahre nach dem Wahlkampf 2016 gibt die jüngste Enthüllung der New York Times, dass sich die CIA bei der Identifizierung mutmaßlicher russischer Hacker auf ukrainische Geheimdienstmitarbeiter stützte, der Bitte Trumps um Zelenskys Hilfe einen neuen Kontext. Auf die Frage nach den Enthüllungen der Times bestätigte eine mit Trumps Überlegungen vertraute Quelle gegenüber RCI, dass sich der Präsident tatsächlich auf eine ukrainische Rolle bei den russischen Hacking-Vorwürfen bezog, die seine Präsidentschaft belasteten. "Deshalb haben sie ihn angeklagt", sagte die Quelle. "Sie wollten nicht bloßgestellt werden."

Trumps erstes Amtsenthebungsverfahren

Als die Demokraten Trump wegen seines Telefongesprächs mit Zelensky (links) anklagten, war der ukrainische Neuling gerade erst wenige Monate im Amt, das er mit dem Versprechen gewonnen hatte, den Krieg im Donbas zu beenden. Das Amtsenthebungsverfahren trug dazu bei, die Haltung gegenüber Russland und gegenüber Friedensverhandlungen zu verhärten.

Wikipedia

Das erste Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump brachte die Ukraine erneut in die höchsten Ebenen der US-Politik. Aber die Auswirkungen auf die Ukraine waren vielleicht noch größer.

Als die Demokraten Trump wegen seines Telefongesprächs mit Zelensky ins Visier nahmen, war der ukrainische Neuling gerade erst seit Monaten im Amt, das er mit dem Versprechen gewonnen hatte, den Krieg im Donbas zu beenden. In seiner Antrittsrede versprach Zelensky, dass er "keine Angst davor habe, meine eigene Popularität, meine Einschaltquoten" und sogar "meine eigene Position zu verlieren - solange der Frieden eintritt".

Bei ihrem einzigen persönlichen Treffen, das am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfand, versuchte Trump, Zelensky zu Verhandlungen mit Russland zu bewegen. "Ich hoffe wirklich, dass Sie und Präsident Putin zusammenkommen und Ihr Problem lösen können", sagte Trump und bezog sich dabei auf den Krieg im Donbas. "Das wäre ein enormer Erfolg".

Doch die mächtigen Ultrationalisten der Ukraine hatten andere Pläne. Der Mitbegründer des Rechten Sektors, Dmytro Jarosch, Kommandeur der Ukrainischen Freiwilligenarmee, antwortete: "Nein, er [Zelensky] würde sein Leben verlieren. Er wird an einem Baum auf Chreschtschatyk [Kiews

Hauptstraße] hängen - wenn er die Ukraine verrät", indem er Frieden mit den von Russland unterstützten Rebellen schließt.

Indem sie Trump wegen der Unterbrechung der US-Waffenlieferungen an die Ukraine anklagten, sandten die Demokraten eine ähnliche Botschaft. Trump, so hieß es im abschließenden Bericht des Repräsentantenhauses, habe "die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdet". In seiner Eröffnungsrede bei Trumps Prozess im Senat erklärte der Abgeordnete Adam Schiff - der damals versuchte, sich vom Zusammenbruch der Trump-Russland-Verschwörungstheorie zu erholen -: "Die Vereinigten Staaten helfen der Ukraine und ihrem Volk, damit wir Russland dort bekämpfen können und nicht hier bekämpfen müssen."

Andere mächtige Beamte in Washington, darunter der Kronzeuge William Taylor, der damals als Chefdiplomat der USA in der Ukraine tätig war, drängten Zelensky zum Konflikt.

Kurz bevor der Amtsenthebungsskandal in Washington ausbrach, äußerte sich Zelensky "neugierig" über die Steinmeier-Formel, eine von Deutschland geleitete Bemühung, den ins Stocken geratenen Minsk-Prozess wiederzubeleben, von der er "hoffte, dass sie zu einer Einigung mit dem Kreml führen könnte", wie Taylor später gegenüber der Washington Post erzählte. Doch Taylor war anderer Meinung. "Niemand weiß, worum es geht", sagte Taylor zu Zelensky über den deutschen Plan. "Steinmeier weiß nicht, was es ist ... Es ist eine schreckliche Idee."

Da sich sowohl mächtige ukrainische Ultrationalisten als auch Washingtoner Bürokraten gegen eine Beendigung des Donbass-Krieges aussprachen, gab Zelensky schließlich das Friedensprogramm auf, mit dem er gewählt worden war. "Anfang 2021", berichtete die Post unter Berufung auf einen Verbündeten Zelenskys, "glaubte Zelensky, dass Verhandlungen nicht funktionieren würden und dass die Ukraine die Regionen Donezk und Luhansk 'entweder auf politischem oder militärischem Weg' zurückerobern müsste."

Die Rückkehr des Biden-Teams in das Oval Office im Januar 2021 scheint Zelenskys konfrontativen Kurs bestärkt zu haben. Zu diesem Zeitpunkt zeigten Umfragen, dass der Neupräsident hinter der Oppositionspartei OPFL lag, die die zweitmeisten Sitze im Parlament hat und von Viktor Medwedtschuk, einem Putin-nahen ukrainischen Mogul, angeführt wird.

Im folgenden Monat gab Zelensky seine Antwort auf die schwindende öffentliche Unterstützung. Drei an die OPFL gebundene Fernsehsender wurden vom Netz genommen. Zwei Wochen später beschlagnahmte Zelensky das Vermögen von Medwedtschuks Familie, darunter eine Pipeline, die russisches

Öl durch die Ukraine führte. Medwedtschuk wurde außerdem wegen Hochverrats angeklagt.

Zelenskys hartes Durchgreifen wurde scharf kritisiert, auch von engen Verbündeten. "Dies ist ein illegaler Mechanismus, der der Verfassung widerspricht", beschwerte sich Dmytro Rasumkow, der Sprecher des Parlaments und Manager von Zelenskys Präsidentschaftskampagne.

Dennoch wurde Zelensky vom frischgebackenen Präsidenten Biden im Weißen Haus gelobt, der seinen Einsatz gegen den "böartigen Einfluss Russlands" lobte.

Es stellte sich heraus, dass die USA Zelenskys innenpolitisches Durchgreifen nicht nur begrüßten, sondern sogar anregten. Zelenskys erster nationaler Sicherheitsberater, Oleksandr Danyliuk, verriet später dem Time Magazine, dass die Schließung der Fernsehsender "als Willkommensgeschenk für die Biden-Administration gedacht war". Diese Sender ins Visier zu nehmen, erklärte Danyliuk, "war so kalkuliert, dass sie in die Agenda der USA passten". Und die Vereinigten Staaten waren ein glücklicher Empfänger. "Er erwies sich als ein Macher", sagte ein Beamter des Außenministeriums anerkennend über Zelensky. "Er hat es geschafft."

Nur wenige Tage nach Erhalt von Zelenskys "Willkommensgeschenk" im März 2021 genehmigte die Regierung Biden ihr erstes Militärpaket für die Ukraine im Wert von 125 Millionen Dollar. Im selben Monat billigte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine eine Strategie zur Rückgewinnung der gesamten Krim von der russischen Kontrolle, auch mit Gewalt. Ende März kam es im Donbass erneut zu heftigen Kämpfen, die den monatelangen, relativ stabilen Waffenstillstand zunichte machten.

Russland reagierte auf seine Weise. Zwei Tage, nachdem das Vermögen seines Verbündeten Medwedtschuk im Februar beschlagnahmt worden war, verlegte Russland Tausende von Truppen an die ukrainische Grenze - der Beginn einer Aufstockung der Truppenstärke, die schließlich 100.000 Mann überstieg und ein Jahr später in einer Invasion gipfelte.

Der Kreml, so behauptete Medwedtschuk, handelte, um russophile Ukrainer zu schützen, die von Zelenskis Zensur betroffen waren. "Wenn sie Fernsehkanäle schließen, die von russischsprachigen Menschen gesehen werden, wenn sie die Partei verfolgen, die diese Menschen gewählt haben, betrifft das die gesamte russischsprachige Bevölkerung", sagte er.

Medwedtschuk warnte auch davor, dass die härteren Fraktionen des Kremls das harte Vorgehen als Vorwand für einen Krieg nutzen könnten. "Es gibt die Falken um Putin, die diese Krise wollen. Sie sind bereit zum Einmarsch. Sie

kommen zu ihm und sagen: 'Seht euch euren Medwedtschuk an. Wo ist er jetzt? Wo ist eure friedliche Lösung? Sitzt er unter Hausarrest? Sollen wir warten, bis alle pro-russischen Kräfte verhaftet sind?' "

Ein zum Schweigen gebrachter Whistleblower
über mutmaßliche Korruption der Bidens

Telizhenkos Bemühungen, die angebliche Korruption der Bidens in der Ukraine aufzudecken, zogen zunehmend die Aufmerksamkeit von US-Beamten auf sich, die versuchten, seine Behauptungen zu untergraben, indem sie ihn als russischen Agenten darstellten. Oben, im Büro des Generalstaatsanwalts im Jahr 2015. An der Wand hängt ein Porträt des Dichters Taras Schewtschenko, dem Symbol der ukrainischen Nation.

Andrii Telizhenko

Das erste Amtsenthebungsverfahren gegen Trump förderte nicht nur einen Stellvertreterkrieg mit Russland in der Ukraine, sondern auch die höchst zweifelhafte Behauptung der Demokratischen Partei, die Untersuchung der ukrainischen Einmischung in die US-Politik sei eine "Verschwörungstheorie" oder "russische Desinformation". Ein weiterer Hauptzeuge der Anklage, Oberstleutnant Alexander Vindman, der das Telefongespräch zwischen Trump und Zelensky an Ciaramella weitergab, sagte aus, dass Telizhenko - der die ukrainischen Absprachen mit dem DNC aufgedeckt hatte - "keine glaubwürdige Person" sei.

Telizhenko ließ sich nicht beirren. Nachdem er Politico zuverlässige Beweise für die ukrainische Einmischung in die Wahlen 2016 vorgelegt hatte, meldete sich Telizhenko weiterhin zu Wort - und zog zunehmend die Aufmerksamkeit von Regierungsvertretern auf sich, die versuchten, seine Behauptungen zu untergraben, indem sie ihn als russischen Agenten darstellten.

Ab Mai 2019 kooperierte Telizhenko mit Rudy Giuliani, der damals als Trumps persönlicher Anwalt fungierte, bei dessen Bemühungen, Informationen über die angebliche Korruption der Bidens in der Ukraine aufzudecken. Während der Besuche Giulianis in der Ukraine diente Telizhenko als Berater und Übersetzer.

Im selben Jahr sagte Telizhenko vor der Federal Election Commission (FEC) im Rahmen einer Untersuchung darüber aus, ob die Zusammenarbeit des DNC mit der ukrainischen Botschaft im Jahr 2016 gegen die Gesetze zur Wahlkampffinanzierung verstieß. Dagegen verweigerten mehrere DNC-Beamte die Aussage. Telizhenko kooperierte dann mit einer separaten Untersuchung des Senats unter dem gemeinsamen Vorsitz der Republikaner Chuck Grassley

und Ron Johnson, bei der es darum ging, wie sich die Geschäfte von Hunter Biden auf die US-Politik in der Ukraine auswirkten.

Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2020 war Zelensky das Ziel einer konzertierten Aktion, um ihn zum Schweigen zu bringen. Während der Senat die Ukraine untersuchte, gab das FBI eine geheime Warnung heraus, die die Argumente der Demokraten aufgriff, dass Zelensky zu den "bekanntesten Verbreitern russischer Desinformationsnarrative" über die Bidens gehöre. Daraufhin ließ der GOP-Senator Johnson seine Pläne, Zelensky vorzuladen, fallen. Dennoch wurde Zelenskys Kommunikation mit Beamten der Obama-Regierung und seinem ehemaligen Arbeitgeber Blue Star Strategies in Johnson und Grassleys Abschlussbericht über die Interessenkonflikte der Bidens in der Ukraine, der im September 2020 veröffentlicht wurde, ausführlich behandelt.

Die Behauptungen der US-Regierung über eine weitere von Russland unterstützte Verschwörung gegen einen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei bereiteten die Bühne für einen weiteren folgenschweren Akt der Wahleinmischung. Am 14. Oktober 2020 veröffentlichte die New York Post die erste einer Reihe von Berichten, in denen beschrieben wurde, wie Hunter Biden den Namen seiner Familie ausnutzte, um sich lukrative Geschäfte im Ausland zu sichern, unter anderem in der Ukraine. Die Berichterstattung der Post, die sich auf den Inhalt eines Laptops stützte, den Hunter Biden offenbar in einer Reparaturwerkstatt zurückgelassen hatte, warf auch Fragen zu Joe Bidens Leugnung einer Beteiligung an den Geschäften seines Sohnes auf.

Die E-Mails des Hunter-Biden-Laptops wiesen auf genau die Art von Einflussnahme hin, die die Biden-Kampagne und die Demokraten Trump routinemäßig vorwarfen. Doch anstatt den Wählern die Möglichkeit zu geben, die Berichte zu lesen und sich selbst ein Urteil zu bilden, wurde der Journalismus der Post einer Verleumdungskampagne und einer Zensurkampagne unterworfen, die in der modernen amerikanischen Geschichte ohne Beispiel ist. In einer Erklärung erklärte eine Gruppe von mehr als 50 ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern - darunter John Brennan, der frühere CIA-Chef -, dass die Hunter-Biden-Laptop-Geschichte "alle klassischen Anzeichen einer russischen Informationsoperation aufweist". Unterdessen verhinderten Facebook und Twitter, dass die Geschichte in ihren sozialen Netzwerken verbreitet wurde.

Das FBI untermauerte die falsche Behauptung der Geheimdienstveteranen, indem es untersuchte, ob der Inhalt des Laptops Teil einer "russischen Desinformationskampagne" war, die Biden schaden sollte. Die Behörde leitete diese Untersuchung ein, obwohl sie seit fast einem Jahr im Besitz des Laptops von Hunter Biden war, dessen Echtheit sie überprüft hatte. Um die Vermutung zu untermauern, dass der Laptop eine russische Verschwörung war, stellte ein

CNN-Bericht verdächtigerweise fest, dass Telizhenko in den sozialen Medien ein Bild gepostet hatte, auf dem Trump eine Ausgabe der Laptop-Story der New York Post hochhält.

Im Januar 2021, kurz vor Bidens Amtsantritt, zog das US-Finanzministerium nach und verhängte Sanktionen gegen Telizhenko, weil er angeblich "direkt oder indirekt an der ausländischen Beeinflussung einer Wahl in den Vereinigten Staaten beteiligt war, sie gefördert, verheimlicht oder sich anderweitig daran beteiligt hat".

Das Finanzministerium legte jedoch keine Beweise zur Untermauerung seiner Behauptungen vor. Zwei Monate später kündigte das Ministerium in einer ähnlichen Erklärung Sanktionen gegen den ehemaligen Manafort-Helfer Konstantin Kilimnik an, den es beschuldigte, ein "bekannter Agent des russischen Geheimdienstes zu sein, der in dessen Auftrag Einflussoperationen durchführt". Die Maßnahmen des Finanzministeriums folgten auf einen überparteilichen Bericht des Senats, in dem Kilimnik ebenfalls beschuldigt wurde, ein russischer Spion zu sein. Wie RealClearInvestigations bereits berichtet hat, haben weder das Finanzministerium noch das Senatsgremium Beweise zur Untermauerung ihrer Behauptungen über Kilimnik vorgelegt, die durch gegenteilige Informationen, die RCI ans Licht brachte, in Frage gestellt wurden. Genau wie Telizhenko hatte Kilimnik umfangreiche Kontakte zur Obama-Regierung, deren Außenministerium ihn als vertrauenswürdige Quelle behandelte.

Die Bestätigung der Behauptungen der Demokraten über Telizhenko durch die US-Regierung hatte unmittelbare Auswirkungen auf die FEC-Untersuchung der geheimen Absprachen zwischen dem DNC und der Ukraine, bei der er ausgesagt hatte. Im August 2019 stellte sich die FEC zunächst auf die Seite Telizhenkos und teilte Alexandra Chalupa - der DNC-Mitarbeiterin, die er wegen der Angriffe auf Paul Manafort geoutet hatte - mit, dass sie glaubhaft gegen das Bundeswahlkampfgesetz verstoßen habe, indem sie "die ukrainische Botschaft... [Oppositionsforschung über die Trump-Kampagne ohne Kosten für das DNC durchführen ließ". Die FEC stellte auch fest, dass das DNC "nicht direkt bestreitet, dass Chalupa Unterstützung von den Ukrainern erhalten hat oder dass sie die Recherchen der ukrainischen Botschaft an DNC-Beamte weitergegeben hat."

Doch als das Finanzministerium im Januar 2021 Sanktionen gegen Telizhenko verhängte, änderte die FEC plötzlich ihren Kurs. Wie RealClearInvestigations bereits berichtet hat, schloss die FEC den Fall gegen das DNC ab, ohne Strafmaßnahmen zu ergreifen. Die Beauftragte der Demokraten, Ellen Weintraub, wies die Vorwürfe der ukrainischen und DNC-Kollusion sogar als "russische Desinformation" zurück. Als Beweis verwies sie auf Medienberichte

über Zelenschenko und die jüngsten Sanktionen des Finanzministeriums gegen ihn.

Zelenschenkos Gegner waren jedoch nicht in der Lage, konkrete Beweise vorzulegen, die ihn mit Russland in Verbindung bringen. In einem Bericht der Geheimdienste vom Januar 2021, der zwei Monate später freigegeben wurde, wird Russland beschuldigt, im Auftrag von Trump "Einflussoperationen gegen die US-Präsidentschaftswahlen 2020" durchzuführen. Zelenschenko wurde darin nicht erwähnt. Die von den Demokraten vorgebrachten Behauptungen über Zelenschenkos angebliche Verbindungen zu Russland werden zusätzlich durch seine umfangreichen Kontakte zu Beamten der Obama-Biden-Regierung untergraben, wie der Journalist John Solomon im September 2020 berichtete.

Zelenschenko sagt, er habe "überhaupt keine Verbindung" zur russischen Regierung und sei auch nicht bestrebt, deren Botschaften zu verstärken. "Ich bin bereit", sagt er. "Das Finanzministerium soll veröffentlichen, was sie über mich haben, und ich bin bereit, gegen sie vorzugehen. Sie sollen der Öffentlichkeit zeigen, was sie haben. Sie haben nichts ... Ich bin bereit, über die Wahrheit zu sprechen. Sie sind es nicht."

Epilog

So wie Zelenschenko im US-Establishment effektiv zum Schweigen gebracht wurde, so wurde auch die ukrainische Einmischung, zu deren Aufdeckung er beigetragen hat, zum Schweigen gebracht. In Anlehnung an das vorherrschende Mediennarrativ behauptete die Washington Post kürzlich, Trump habe "die Ukraine fälschlicherweise beschuldigt, der demokratischen Rivalin Hillary Clinton helfen zu wollen", was, so die Post weiter, "eine von russischen Spionagediensten verbreitete Verleumdung" sei. Diese Darstellung ignoriert eine umfangreiche Akte, in der ukrainische Beamte zugeben, dass sie Clinton geholfen haben.

Als die Regierung Biden den Kongress erfolgreich dazu drängte, ihren Antrag auf 61 Milliarden Dollar für die Ukraine zu bewilligen, wurden die verweigerten Republikaner in ähnlicher Weise beschuldigt, dem Kreml nachzuplappern. Kurz vor der Abstimmung beschuldigten zwei einflussreiche republikanische Ausschussvorsitzende, die Abgeordneten Mike Turner aus Ohio und Mike McCaul aus Texas, den Kreml. Mike Turner aus Ohio und Mike McCaul aus Texas, behaupteten kurz vor der Abstimmung, dass ungenannte Mitglieder ihrer Fraktion russische Propaganda nachplappern würden. Zelensky behauptete auch, dass Russland die US-Gegner einer weiteren Kriegsfinanzierung manipuliere: "Wenn wir über den Kongress sprechen - ist Ihnen aufgefallen, wie [die Russen] mit der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten?"

Jetzt, da Biden die neu genehmigte Finanzierung unterzeichnet hat, haben der Präsident und seine hochrangigen Berater die Mittel in der Hand, um einen Stellvertreterkrieg auszuweiten, den sie vor einem Jahrzehnt begonnen haben und der die Ukraine weiterhin verwüstet. In einem weiteren Fall, in dem die Ukraine eine wichtige Rolle in der US-Innenpolitik spielt, hat sich Biden auch einen Schub für seine Kandidatur zur Wiederwahl gesichert. Wie die New York Times kürzlich bemerkte: "Die Wiederaufnahme umfangreicher Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten stellt sicher, dass der Krieg in der Ukraine noch nicht beendet ist, wenn die Amerikaner im November zur Wahl gehen."

Korrektur, Donnerstag, 2. Mai, 3:13 p.m. Eastern.

Dieser Artikel wurde überarbeitet, um die folgende Korrektur zu berücksichtigen:

In einer früheren Version wurde die Position von Peter Wittig falsch wiedergegeben. Er war der deutsche Botschafter in den USA, nicht der US-Botschafter in Deutschland.

(Übersetzt mit DeepL)

+++

What 10 Years of U.S. Meddling in Ukraine Have Wrought (Spoiler Alert: Not Democracy)

[Aaron Maté](#)

Above, a map of Ukraine in green, with territory occupied or annexed by Russia in light green to the right -- i.e., the eastern Donbas and the Crimean peninsula in the southeast. President Biden vows a fight for democracy, but recent history calls that into question.

By [Aaron Maté](#), RealClearInvestigations

April 30, 2024

In successfully lobbying Congress for an additional \$61 billion in Ukraine war funding, an effort that ended this month with celebratory Democrats waving Ukrainian flags in the House chamber, President Biden has cast his administration's standoff with Russia as an existential test for democracy.

"What makes our moment rare is that freedom and democracy are under attack, both at home and overseas," Biden declared in his State of the Union address in March. "History is watching, just like history watched three years ago on January 6th."

While Biden's narrative is widely accepted by Washington's political establishment, a close examination of the president and his top principals' record dating back to the Obama administration reveals a different picture. Far from protecting democracy from Kyiv to Washington, their role in Ukraine looks more like epic meddling resulting in political upheaval for both countries.

Over the last decade, Ukraine has been the battleground in a proxy war between the U.S. and Russia – a conflict massively escalated by the Kremlin's invasion in 2022. The fight erupted in early 2014, when Biden and his team, then serving in the Obama administration, supported the overthrow of Ukraine's elected president, Viktor Yanukovich. Leveraging billions of dollars in U.S. assistance, Washington has shaped the personnel and policies of subsequent Ukrainian governments, all while expanding its military and intelligence presence in Ukraine via the CIA and NATO. During this period, Ukraine has not become an independent self-sustaining democracy, but a client state heavily dependent on European and U.S. support, which has not protected it from the ravages of war.

The Biden-Obama team's meddling in Ukraine has also had a boomerang effect at home.

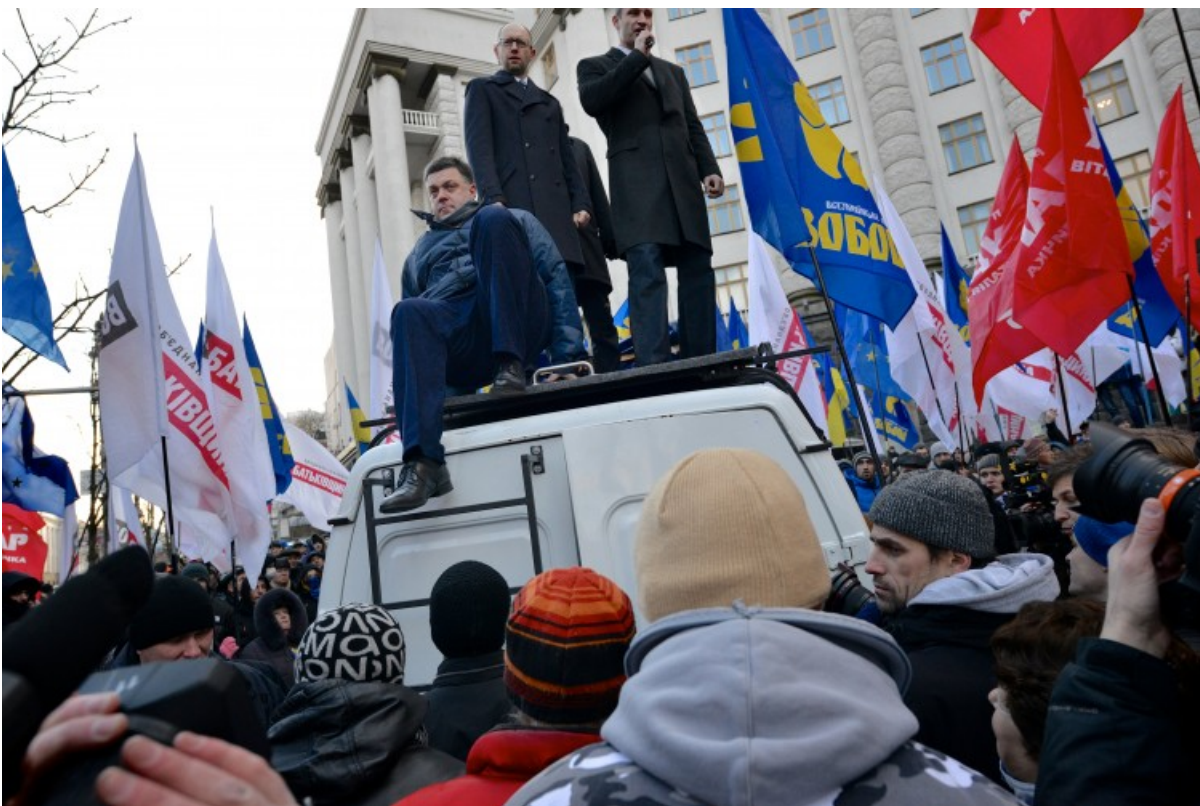
As well-connected Washington Beltway insiders such as Hunter Biden have exploited it for personal enrichment, Ukraine has become a source of foreign interference in the U.S. political system – with questions of unsavory dealings arising in the 2016 and 2020 elections as well as the first impeachment of Donald Trump. After years of secrecy, CIA sources have only recently confirmed that Ukrainian intelligence helped generate the Russian interference allegations that engulfed Trump's presidency. House Democrats' initial attempt to impeach Trump, undertaken in the fall of 2019, came in response to his efforts to scrutinize Ukraine's Russiagate connection.

This account of U.S. interference in Ukraine, which can be traced to fateful decisions made by the Obama administration, including then-Vice President Biden and his top aides, is based on often overlooked public disclosures. It also relies on the personal testimony of Andrii Telizhenko, a former Ukrainian diplomat and Democratic Party-tied political consultant who worked closely with U.S. officials to promote regime change in Ukraine.

Although he once welcomed Washington's influence in Ukraine, Telizhenko now takes a different view. "I'm a Ukrainian who knew how Ukraine was 30 years ago, and what it became today," he says. "For me, it's a total failed state." In his view, Ukraine has been "used directly by the United States to fight a [proxy] war with Russia" and "as a rag to make money for people like Biden and his family."

The State Department has [accused](#) Telizhenko being part of a "Russia-linked foreign influence network." In Sept. 2020 it revoked his visa to travel to the United States. Telizhenko, who now lives in a western European country where he was granted political asylum, denies working with Russia and says that he is a whistleblower speaking out to expose how U.S. interference has ravaged his country. RealClearInvestigations has confirmed that he worked closely with top American officials while they advanced policies aimed at severing Ukraine's ties to Russia. No official contacted for this article – including former CIA chief John Brennan and senior State Department official Victoria Nuland – disputed any of his claims.

A Coup in 'Full Coordination' With the U.S.



November 2013: Seated, far-right Oleh Tyahnybok with more moderate opposition leaders Arseniy Yatsenyuk and Vitali Klitschko in Maidan square. The European Parliament [condemned](#) Tyahnybok's party for "racist, anti-Semitic and xenophobic views," but for Washington he represented an opportunity.

Ivan Bandura/Wikimedia

The Biden team's path to influencing Ukraine began with the eruption of anti-government unrest in November 2013. That month, protesters began filling Kyiv's Maidan Nezalezhnosti (Independence Square) after then-President Viktor Yanukovich, a notoriously corrupt leader, delayed signing a European Union (EU) trade pact. To members of what came to be known as the Maidan

movement, Yanukovich's decision was a betrayal of his pledge to strengthen Western ties, and a worrying sign of Russian allegiance in a country haunted by its Soviet past.

The reality was more complex. Yanukovich was hoping to maintain relations with both Russia and Europe – and use competition between them to Ukraine's advantage. He also worried that the EU's terms, which demanded reduced trade with Russia, would alienate his political base in the east and south, home to millions of ethnic Russians. As [the International Crisis Group noted](#), these Yanukovich-supporting Ukrainians feared that the EU terms "would hurt their livelihoods, a large number of which were tied to trade and close relations with Russia." Despite claims that the Maidan movement represented a "popular revolution," polls from that period showed that Ukrainians were [evenly split](#) on it, [or even](#) majority [opposed](#).

After an initial period of peaceful protest, the Maidan movement was soon co-opted by nationalist forces, which encouraged a violent insurrection for regime change. Leading Maidan's hardline contingent was Oleh Tyahnybok of the Svoboda party, who had once [urged his supporters](#) to fight what he called the "Muscovite-Jewish mafia running Ukraine." Tyahnybok's followers were joined by Right Sector, a coalition of ultra-nationalist groups whose members openly sported Nazi insignia. One year before, the European Parliament [condemned](#) Svoboda for "racist, anti-Semitic and xenophobic views" and urged Ukrainian political parties "not to associate with, endorse or form coalitions with this party."

Powerful figures in Washington took a different view: For them, the Maidan movement represented an opportunity to achieve a longtime goal of pulling Ukraine into the Western orbit. Given Ukraine's historical ties to Russia, its integration with the West could also be used to undermine the rule of Russian President Vladimir Putin.

As the-late Zbigniew Brzezinski, the influential former national security adviser to President Jimmy Carter, once wrote: "Without Ukraine, Russia ceases to be a Eurasian empire." Two months before the Kyiv protests erupted, Carl Gershman, head of the National Endowment for Democracy, dubbed Ukraine "the biggest prize" in the West's rivalry with Russia. Absorbing Ukraine, [Gershman explained](#), could leave Putin "on the losing end not just in the near abroad" – i.e, its former Soviet satellites – "but within Russia itself." Shortly after, senior State Department official Nuland [boasted](#) that the U.S. had "invested more than \$5 billion" to help pro-Western "civil society" groups achieve a "secure and prosperous and democratic Ukraine."

Seeking to capitalize on the unrest, U.S. figures including Nuland, Republican Sen. John McCain, and Democratic Sen. Chris Murphy visited Maidan Square. In a show of support for the movement's hardline faction, which went beyond supporting the EU trade deal to demand Yanukovich's ouster, the trio met privately with Tyahnybok and appeared with him on stage. The senators' mission, [Murphy said](#), was to "bring about a peaceful transition here."

The Maidan Movement's most significant U.S. endorsement came from then-Vice President Joe Biden. "Nothing would have greater impact for securing our interests and the world's interests in Europe than to see a democratic, prosperous, and independent Ukraine in the region," Biden said.

According to Andrii Telizhenko, a former Ukrainian government official who worked closely with Western officials during this period, the U.S. government's role went far beyond those high-profile displays of solidarity.

"As soon as it grew into something, into the bigger Maidan, in the beginning of December, it basically was full coordination with the U.S. Embassy," Telizhenko recalls. "Full, full."

When the protests erupted, Telizhenko was working as an adviser to a Ukrainian member of Parliament. Having spent part of his youth in Canada and the United States, Telizhenko's fluent English and Western connections landed him a position helping to oversee the Maidan Movement's international relations. In this role, he organized meetings with and coordinated security arrangements for foreign visitors, including U.S. Ambassador Geoffrey Pyatt, Nuland, and McCain. Most of their briefings were held at Kyiv's Trade Unions Building, the movement's de-facto headquarters in the city's center.

Telizhenko says Pyatt routinely coordinated with Maidan leaders on protest strategy. In one encounter, the ambassador observed Right Sector members assembling Molotov cocktails that would later be thrown at riot police attempting to enter the building. Sometimes, the U.S. ambassador disapproved of his counterparts' tactics. "The U.S. embassy would criticize if something would happen more radical than it was supposed to go by plan, because it's bad for the picture," Telizhenko said..

That winter was marked by a series of escalating clashes. On February 20, 2014, snipers fatally shot dozens of protesters in Maidan square. Western governments attributed the killings to Yanukovich's forces. But an [intercepted phone call](#) between NATO officials told a different story.

In the recorded conversation, Estonian foreign minister Urmas Paet told EU foreign secretary Catherine Ashton [that he believed pro-Maidan forces](#) were behind the slaughter. In Kyiv, Paet reported, "there is now stronger and

stronger understanding that behind the snipers, it was not Yanukovych, but it was somebody from the new [opposition] coalition.”

In a bid to resolve the Maidan crisis and avoid more bloodshed, European officials brokered a compromise between Yanukovich and the opposition. The Feb. 21 deal called for a new national unity government that would keep him in office, with reduced powers, until early elections at year’s end. It also called for the disarmament of the Maidan forces and a withdrawal of riot police. Holding up its end of the bargain, government security forces pulled back. But the Maidan encampment’s ultra-nationalist contingent had no interest in compromise.

“We don’t want to see Yanukovych in power,” Maidan Movement squadron leader Vladimir Parasyuk [declared that same day](#). “... And unless this morning you come up with a statement demanding that he steps down, then we will take arms and go, I swear.”

In insisting on regime change, the far-right contingent was also usurping the leadership of more moderate opposition leaders such as Vitali Klitschko, who supported the power-sharing agreement.

“The goal was to overthrow the government,” Telizhenko says. “That was the first goal. And it was all green-lighted by the U.S. Embassy. They basically supported all this, because they did not tell them to stop. If they told them [Maidan leaders] to stop, they would stop.”

Yet another leaked phone call bolstered suspicions that the U.S. endorsed regime change. On the recording, presumably intercepted in January by Russian or Ukrainian intelligence, Nuland and Pyatt discussed their choice of leaders in a proposed power-sharing government with Yanukovich. Their conversation showed that the U.S. exerted considerable influence with the faction seeking the Ukrainian president’s ouster.

Tyahnybok, the openly antisemitic head of Svoboda, would be a “problem” in office, Nuland worried, and better “on the outside.” Klitschko, the more moderate Maidan member, was ruled out as well. “I don’t think Klitsch should go into government,” Nuland said. “I don’t think it’s necessary. I don’t think it’s a good idea.” One reason was Klitschko’s proximity to the European Union. Despite her government’s warm words for the European Union in public, Nuland told Pyatt: “Fuck the EU.”

The two U.S. officials settled on technocrat Arseniy Yatsenyuk. “I think Yats is the guy,” Nuland said. By that point, Yatsenyuk had endorsed violent insurrection. The government’s rejection of Maidan demands, [he said](#), meant

that “people had acquired the right to move from non-violent to violent means of protest.”

The only outstanding matter, Pyatt relayed, was securing “somebody with an international personality to come out here and help to midwife this thing.” Nuland replied that Vice President Joe Biden and his senior aide, Jake Sullivan, who now serves as Biden’s National Security Adviser, had signed on to provide “an atta-boy and to get the deets [details] to stick.”

Just hours after the power-sharing agreement was reached, Nuland’s wishes were granted. Yanukovich, no longer protected by his armed forces, fled the capital. Emboldened by their sabotage of an EU-brokered power-sharing truce, Maidan Movement members stormed the Ukrainian Parliament and pushed through the formation of a new government. In violation of parliamentary rules on impeachment proceedings, [and lacking a sufficient quorum](#), Oleksandr Turchynov was named the new acting president. The Nuland-backed Yatsenyuk was appointed Prime Minister.

In a reflection of their influence, at least five post-coup cabinet posts in national security, defense, and law enforcement were given to members of Svoboda and its far-right ally Right Sector.

“The uncomfortable truth is that a sizeable portion of Kyiv’s current government – and the protesters who brought it to power – are, indeed, fascists,” wrote Andrew Foxall, now a British defense official, and Oren Kessler, a Tel Aviv-based analyst, [in Foreign Policy](#) the following month. While denying any role in Yanukovich’s ouster, the Obama administration immediately endorsed it, as Secretary of State John Kerry expressed “strong support” for the new government.

In his memoir, former senior Obama aide Ben Rhodes acknowledged that Nuland and Pyatt “sounded as if they were picking a new government as they evaluated different Ukrainian leaders.” Rather than dispel that impression, he acknowledged that some of the Maidan “leaders received grants from U.S. democracy promotion programs.”

In 2012, one pro-Maidan group, Center UA, [received](#) most of its more than \$500,000 in donations from the U.S. Agency for International Development (USAID), the National Endowment for Democracy, eBay founder Pierre Omidyar, and financier George Soros.

By its own count, Soros’ International Renaissance Foundation spent over \$109 million in Ukraine between 2004 and 2014. In leaked documents, a former IRF board member even bragged that its partners “were the main driving force and the foundation of the Maidan movement,” and that without Soros’ funding, “the

revolution might not have succeeded." Weeks after the coup, an IRF strategy document noted, "Like during the Maidan protests, IRF representatives are in the midst of Ukraine's transition process."

Jeffrey Sachs, a Columbia University professor who advised Ukraine on economic policy in the early 1990s, visited Kyiv shortly after the coup to consult with the new government.

"I was taken around the Maidan where people were still milling around," Sachs recalls. "And the American NGOs were around there, and they were describing to me: 'Oh we paid for this, we paid for that. We funded this insurrection.' It turned my stomach." Sachs believes that these groups were acting at the behest of U.S. intelligence. To go about "funding this uprising," he says, "they didn't do that on their own as nice NGOs. This is off-budget financing for a U.S. regime-change operation."

Weeks after vowing to bring about a "transition" in Ukraine, Sen. Murphy openly took credit for it. "I really think that the clear position of the United States has in part been what has helped lead to this change in regime," Murphy said. "I think it was our role, including sanctions and threats of sanctions, that forced, in part, Yanukovich from office."

The Proxy War Gets Hot



Soon after Yanukovich's ouster, Ukraine was plunged into war: "Little green men," or incognito Russian soldiers, occupied Crimea's local parliament.

Sebastian Meyer - Voice of America/Wikimedia

Far from resolving the unrest, Viktor Yanukovich's ouster plunged Ukraine into a war.

Just days after the Ukrainian president fled to Moscow, Russian special forces stormed Crimea's local parliament. The following month, Russia annexed Crimea following a hasty, militarized referendum denounced by Ukraine, the U.S., and much of the world. While these objections were well-founded, Western surveys of Crimeans nonetheless [found majority support](#) for Russian annexation.

Emboldened by the events in Crimea, and hostile to a new government that had overthrown their elected leader Yanukovich, Russophile Ukrainians in the eastern Donbas region followed suit.

On April 6 and 7, anti-Maidan protesters seized government buildings in Donetsk, Luhansk, and Kharkiv. The Donetsk rebels declared the founding of the Donetsk People's Republic. The Luhansk People's Republic followed 20 days later. Both areas announced independence referendums for May 11.

As in Crimea, Moscow backed the Donbas rebellion. But unlike in Crimea, the Kremlin opposed the independence votes. The organizers, Putin said, should "hold off on the referendum in order to give dialogue the conditions it needs to have a chance."

In public, the Obama administration claimed to also favor dialogue between Kyiv and the Russia-backed rebels in eastern Ukraine. Behind the scenes, a more aggressive plan was brewing.

On April 12, CIA chief John Brennan slipped into the Ukrainian capital for secret meetings with top officials. Russia, whose intelligence services ran a network of informants inside Ukraine, publicly outed Brennan's visit. The Kremlin and Yanukovich directly accused Brennan of encouraging an assault on the Donbas.

The CIA dismissed the allegation as "completely false," and insisted that Brennan supported a "diplomatic solution" as "the only way to resolve the crisis." The following month, Brennan insisted that "I was out there to interact with our Ukrainian partners and friends."

Yet Russia and Yanukovich were not alone in voicing concerns about the CIA chief's covert trip. "What message does it send to have John Brennan, the head of the CIA in Kiev, meeting with the interim government?" Sen. Murphy [complained](#). "Does that not confirm the worst paranoia on the part of the Russians and those who see the Kiev government as essentially a puppet of the West?... It may not be super smart to have Brennan in Kiev, giving the

impression that the United States is somehow there to fight a proxy war with Russia.”

According to Telizhenko, who attended the Brennan meeting and spoke to RCI on record about it for the first time, that’s exactly what the CIA chief was there to do. Contrary to U.S. claims, Telizhenko says, “Brennan gave a green light to use force against Donbas,” and discussed “how the U.S. could support it.” One day after the meeting, Kyiv announced an “Anti-Terrorist Operation” (ATO) against the Donbas region and began a military assault.

Telizhenko, who was by then working as a senior policy adviser to Vitaliy Yarema, the First Deputy Prime Minister, says he helped arrange the Brennan gathering after getting a phone call from the U.S. embassy. “I was told there was going to be a top secret meeting, with a top U.S. official and that my boss should be there,” he recalls. “I was also told not to tell anyone.”

Brennan, he recalls, arrived at the Foreign Intelligence Office of Ukraine in a beat-up gray mini-van and a coterie of armed guards. Others in attendance included U.S. Ambassador Pyatt, Acting President Oleksandr Turchynov, foreign intelligence chief Victor Gvozd, and other senior Ukrainian security officials.

After a customary exchange of medals and souvenir trophies, the topic turned to the unrest in the Donbas. “Brennan was talking about how Ukraine should act,” Telizhenko says. “A plan to keep Donbas in Ukraine’s hands. But Ukraine’s army was not fully equipped. We only had stuff in reserves. They discussed plans for the ATO and how to keep Ukraine’s military fully armed throughout.” Brennan’s overall message was that “Russia is behind” the Donbas unrest, and “Ukraine has to take firm, aggressive action to not let this spread all over.”

Brennan and Pyatt did not respond to a request for comment.

Two weeks after Brennan’s visit, the Obama administration offered yet another high-level endorsement of the Donbas operation when then-Vice President Biden visited Kyiv. With Ukraine facing “unrest and uncertainty,” Biden told a [group of lawmakers](#), it now had “a second opportunity to make good on the original promise made by the Orange Revolution” – referring to earlier 2004-2005 post-electoral upheaval that blocked Yanukovich, albeit temporarily, from the presidency.

Looking back, Telizhenko is struck by the contrast between Brennan’s bellicosity in Donbas and the Obama administration’s lax response to Russia’s Crimea grab one month prior.

“After Crimea, they told us not to respond,” he said. But beforehand, “the Americans scoffed at warnings” that Ukraine could lose the peninsula. When Ukrainian officials met with Pentagon counterparts in March, “we gave them

evidence that the little green men” – the incognito Russian forces who seized Crimea – “were Russians. They dismissed it.” Telizhenko now speculates that the U.S. permitted the Crimean takeover to encourage a conflict between Kyiv and Moscow-backed eastern Ukrainians. “I think they wanted Ukraine to hate Russia, and they wanted Russia to take the bait,” he said. Had Ukraine acted earlier, he believes, “the Crimea situation could have been stopped.”

With Russia in control of Crimea and Ukraine assaulting the Donbas with U.S. backing, the country descended into a full-scale civil war. Thousands were killed and millions displaced in the ensuing conflict. When Ukrainian forces threatened to overrun the Donbas rebels in August 2014, the Kremlin launched a direct military intervention that turned the tide. But rather than offer Ukraine more military assistance, Obama began getting cold feet.

Obama, [senior Pentagon official Derek Chollet recalled](#), was concerned that flooding Ukraine with more weapons would “escalate the crisis” and give “Putin a pretext to go further and invade all of Ukraine.”

Rebuffing pressure from within his own Cabinet, Obama promised German Chancellor Angela Merkel in February 2015 that he would not send lethal aid to Ukraine. [According](#) to Peter Wittig, Germany's ambassador to the U.S., Obama agreed with Merkel on the need “to give some space for those diplomatic, political efforts that were under way.”

That same month, Obama’s commitment gave Merkel the momentum to finalize the Minsk II Accords, a pact between Kyiv and Russian-backed Ukrainian rebels. Under Minsk II, an outmatched Ukrainian government agreed to allow limited autonomy for the breakaway Donbas regions in exchange for the rebels’ demilitarization and the withdrawal of their Russian allies.

Inside the White House, Obama’s position on Ukraine left him virtually alone. Obama’s reluctance to arm Ukraine, Chollet recalled, marked a rare situation “in which just about every senior official was for doing something that the president opposed.”

One of those senior officials was the State Department’s point person for Ukraine, Victoria Nuland. Along with allied officials and lawmakers, Nuland sought to undermine the Minsk peace pact even before it was signed.

As Germany and France lobbied Moscow and Kyiv to accept a peace deal, Nuland addressed a private meeting of U.S. officials, generals, and lawmakers – including Sen. McCain and future Secretary of State Mike Pompeo – on the sidelines of the annual Munich Security Conference. Dismissing the French-German diplomatic efforts as an act of appeasement, Nuland outlined a strategy to continue the war with a fresh influx of Western arms. Perhaps

mindful of the optics of flooding Ukraine with military hardware at a time when the Obama administration was claiming to support to a peace agreement, Nuland offered a public relations suggestion. "I would like to urge you to use the word 'defensive system' to describe what we would be delivering against Putin's offensive systems," Nuland told the gathering.

The Munich meeting underscored that while President Obama may have publicly supported a peace deal in Ukraine, a bipartisan alliance of powerful Washington actors – including his own principals – was determined to stop it. As [Foreign Policy magazine reported](#), "the takeaway for many Europeans ... was that Nuland gave short shrift to their concerns about provoking an escalation with Russia and was confusingly out of sync with Obama."

As Nuland and other officials quietly undermined the Minsk accords, the CIA deepened its role in Ukraine. U.S. intelligence sources recently [disclosed to the New York Times](#) that the agency has operated 12 secret bases inside Ukraine since 2014. The post-coup government's first new spy chief, Valentyn Nalyvaichenko, also revealed that he established a formal partnership with the CIA and MI6 just two days after Yanukovych's ouster.

According to a separate [account in the Washington Post](#), the CIA restructured Ukraine's two main spy services and turned them into U.S. proxies. Starting in 2015, the CIA transformed Ukraine's military intelligence agency, the GUR, so extensively that "we had kind of rebuilt it from scratch," a former intelligence official told the Post. "GUR was our little baby." As a benefit of being the CIA's proxy, the agency even funded new headquarters for the GUR's paramilitary wing and a separate division for electronic espionage.

In a 2016 congressional appearance, Nuland touted the extensive U.S. role in Ukraine. "Since the start of the crisis, the United States has provided over \$760 million in assistance to Ukraine, in addition to two \$1 billion loan guarantees," Nuland said. U.S. advisers "serve in almost a dozen Ukrainian ministries," and were helping "modernize Ukraine's institutions" of state-owned industries.

Nuland's comments underscored an overlooked irony of the U.S. role in Ukraine: In claiming to defend Ukraine from Russian influence, Ukraine was subsumed by American influence.

Boomeranging Into U.S. Politics



Machinations in Ukraine increasingly impacted U.S. domestic politics. Notably, Biden's ouster of the Ukrainian prosecutor as allegedly corrupt surfaced as an issue in the 2020 election. In fact, Washington's view of him had been positive.

C-SPAN/GODventures/YouTube

In the aftermath of the February 2014 coup, the transformation of Ukraine into an American client state soon had a boomerang effect, as maneuvers in that country increasingly impacted U.S. domestic politics.

"Americans are highly visible in the Ukrainian political process," Bloomberg columnist Leonid Bershidsky [observed in November 2015](#). "The U.S. embassy in Kyiv is a center of power, and Ukrainian politicians openly talk of appointments and dismissals being vetted by U.S. Ambassador Geoffrey Pyatt and even U.S. Vice President Joe Biden."

One of the earliest and best-known cases came in December 2015, when Biden threatened to withhold \$1 billion in aid unless Ukraine fired its prosecutor general, Viktor Shokin, whom the vice president claimed was corrupt. When Biden's threat resurfaced as an issue during the 2020 election, the official line, [as reported by CNN](#), was that "the effort to remove Shokin was backed by the Obama administration, European allies" and even some Republicans.

In fact, from Washington's perspective, the campaign for Shokin's ouster marked a change of course. Six months before Biden's visit, Nuland had written Shokin that "We have been impressed with the ambitious reform and anti-corruption agenda of your government."

And [as RCI recently reported](#):

An Oct. 1, 2015, memo summarizing the recommendation of the [U.S.] Interagency Policy Committee on Ukraine stated, "Ukraine has made sufficient progress on its [anti-corruption] reform agenda to justify a third [loan] guarantee." ... The next month, moreover, the task force drafted a loan guarantee agreement that did not call for Shokin's removal. Then, in December, Joe Biden flew to Kyiv to demand his ouster.

No one has explained why Shokin suddenly came into the crosshairs. At the time, the prosecutor general was investigating Burisma, a Ukrainian energy firm that was paying Hunter Biden over \$80,000 per month to sit on its board.

According to emails obtained from his laptop, Hunter Biden introduced his father to a top Burisma executive less than one year before. Burisma also retained Blue Star Strategies, a D.C. consulting firm that worked closely with Hunter, to help enlist U.S. officials who could pressure the Ukrainian government to drop its criminal probes.

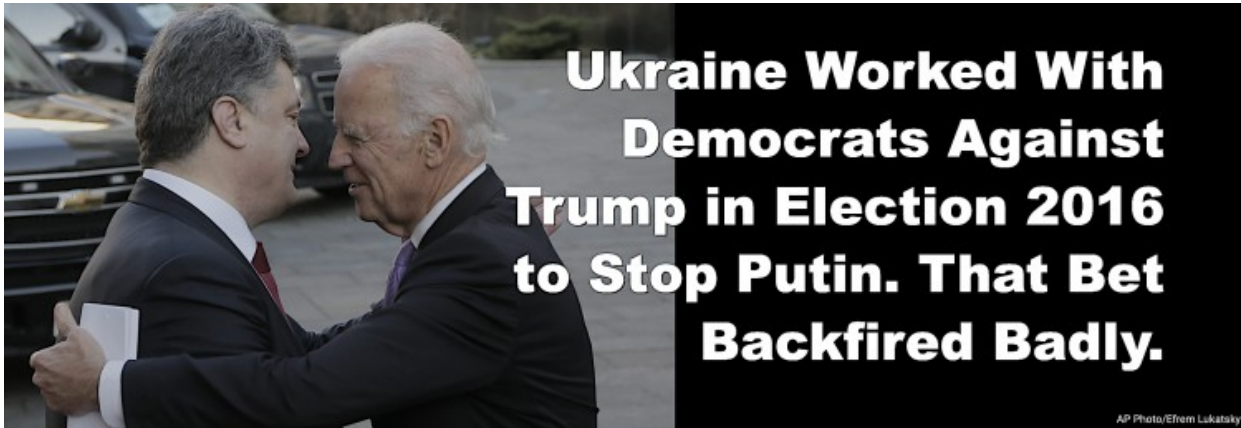
Two senior executives at Blue Star, Sally Painter and Karen Tramontano, formerly worked as top aides to President Bill Clinton.

According to a November 2015 email sent to Hunter by Vadym Pozharsky, a Burisma adviser, the energy firm's desired "deliverables" included visits from "influential current and/or former US policy-makers to Ukraine." The "ultimate purpose" of these visits would be "to close down" any legal cases against the company's owner, Mykola Zlochevsky. One month after that email, Joe Biden visited Ukraine and demanded Shokin's firing.

Telizhenko – who worked in Shokin's office at the time, and later worked for Blue Star – said the [evidence contradicts claims](#) that Shokin was fired because of his failure, among other things, to investigate Burisma. "There were four criminal cases opened in 2014 against Burisma, and two more additionally opened by Shokin when he became the Prosecutor General," recalls Telizhenko. "So, whenever anybody says, 'There were no criminal cases, nobody was investigating Burisma, Shokin was fired because he was a bad prosecutor, he didn't do his work' ... this was all a lie. No, he did his work."

In a 2023 interview, Hunter Biden's former business partner, Devon Archer, said [Shokin was seen as a "threat"](#) to Burisma. Both of Shokin's cases against Burisma were closed after his firing.

Ukraine Meddling vs. Trump



The first documented case of foreign meddling originated in Ukraine, as [RCI reported in 2022](#).

RCI

While allegations of Russian interference and collusion would come to dominate the 2016 campaign, the first documented case of foreign meddling originated in Ukraine.

Telizhenko, who served as a political officer at the Ukrainian embassy in Washington, D.C., before joining Blue Star, was an early whistleblower. He went public in January 2017, telling Politico how the Ukrainian embassy worked to help Hillary Clinton's 2016 election campaign and undermine Trump's.

According to Telizhenko, Ukraine's D.C. ambassador, Valeriy Chaly, instructed staffers to shun Trump's campaign because "Hillary was going to win."

Telizhenko says he was told to meet with veteran Democratic operative Alexandra Chalupa, who had also served in the Clinton White House. "The U.S. government and people from the Democratic National Committee are approaching and asking for dirt on a presidential candidate," Telizhenko recalls. "And Chalupa said, 'I want dirt. I just want to get Trump off the elections.'"

Starting in early 2016, U.S. officials leaned on the Ukrainians to investigate Paul Manafort, the GOP consultant who would become Trump's campaign manager, and avoid scrutiny of Burisma, [as RCI reported in 2022](#). "Obama's NSC hosted Ukrainian officials and told them to stop investigating Hunter Biden and start investigating Paul Manafort," a former senior NSC official told RCI. In January 2016, the FBI suddenly reopened a closed investigation into Manafort for potential money laundering and tax evasion connected to his work in Ukraine.

Telizhenko, who attended a White House meeting with Ukrainian colleagues that same month, says he witnessed Justice Department officials pressing

representatives of Ukraine's Corruption Bureau. "The U.S. officials were asking for the Ukrainian officials to get any information, financial information, about Americans working for the former government of Ukraine, the Yanukovich government," he says.

By the time Telizhenko spoke out, Ukrainian officials had already admitted intervening in the 2016 election to help Clinton's campaign. In August, Ukraine's National Anti-Corruption Bureau (NABU) released what it claimed was a secret ledger showing that Manafort received millions in illicit cash payments from Yanukovich's party. The Clinton campaign, then in the early stages of its effort to portray their Republican rival as a Russian conspirator, seized on the news as evidence of Trump's "troubling connections" to "pro-Kremlin elements in Ukraine."

The alleged ledger was first obtained by Ukrainian lawmaker Serhiy Leshchenko, who had claimed that he had received it anonymously by mail. Yet Leshchenko was not an impartial source: He made no effort to hide his efforts to help elect Clinton. "A Trump presidency would change the pro-Ukrainian agenda in American foreign policy," Leshchenko told the Financial Times. For him, "it was important to show ... that [Trump] is [a] pro-Russian candidate who can break the geopolitical balance in the world." Accordingly, he added, most of Ukraine's politicians were "on Hillary Clinton's side."

Manafort, who would be convicted of unrelated tax and other financial crimes in 2018, denied the allegation. The ledger was handwritten and did not match the amounts that Manafort was paid in electronic wire transfers. Moreover, the ledger was said to have been stored at Yanukovich's party headquarters, yet that building was burned in a 2014 riot by Maidan activists.

Telizhenko agrees with Manafort that the ledger was a fabrication. "I think the ledger was just made up because nobody saw it, and nobody got the official documents themselves. From my understanding it was all a toss-up, a made-up story, just because they could not find any dirt on the Trump campaign."

But with the U.S. media starting to amplify the Clinton campaign's Trump-Russia conspiracy theories, a wary Trump demanded Manafort's resignation. "The easiest way for Trump to sidestep the whole Ukraine story is for Manafort not to be there," Newt Gingrich, the former House speaker and a Trump campaign adviser, explained.

The 2016 Russian Hacking Claim

RCI

The release of the Manafort ledger and cooperation with the Democratic National Committee was not the end of Ukraine's 2016 election interference.

A recent [account in the New York Times](#) revealed that Ukrainian intelligence played a vital role in generating CIA allegations that would become a foundation of the Russiagate hoax – that Russia stole Democratic Party emails and released them via WikiLeaks in a bid to help elect Trump. Once again, CIA chief Brennan played a critical role.

In the Times' telling, some Obama officials wanted to shut down the CIA's work in Ukraine after a botched August 2016 Ukrainian intelligence operation in Crimea turned deadly. But Brennan "persuaded them that doing so would be self-defeating, given the relationship was starting to produce intelligence on the Russians as the C.I.A. was investigating Russian election meddling." This "relationship" between Brennan and his Ukrainian counterparts proved to be pivotal. According to the Times, Ukrainian military intelligence – which the CIA closely managed – claimed to have duped a Russian officer into "into providing information that allowed the C.I.A. to connect Russia's government to the so-called Fancy Bear hacking group."

"Fancy Bear" is one of two alleged Russian cyber espionage groups that the FBI has accused of carrying out the 2016 DNC email theft. Yet this allegation has a direct tie not just to Ukraine, but to the Clinton campaign. The name "Fancy Bear" was [coined by CrowdStrike](#), a private firm [working directly for Clinton's attorney, Michael Sussmann](#). As RealClearInvestigations has previously reported, CrowdStrike [first accused Russia of hacking the DNC](#), and the FBI [relied on the firm for evidence](#). Years after publicly accusing Russia of the theft, CrowdStrike executive Shawn Henry was [forced to admit](#) in sworn congressional testimony that the firm "did not have concrete evidence" that Russian hackers took data from the DNC servers.

CrowdStrike's admission about the evidentiary hole in the Russian hacking allegation, along with the newly disclosed Ukrainian intelligence role in generating it, were both kept under wraps throughout the entirety of Special Counsel Robert Muller's probe into alleged Russian interference. But when Trump sought answers on both matters, he once again found himself the target of an investigation.

In late September 2019, weeks after Mueller's halting congressional testimony – which left Trump foes dissatisfied over his failure to find insufficient evidence of a Russian conspiracy – House Democrats kicked off an effort to impeach Trump for freezing U.S. weapons shipments in an alleged scheme to pressure Ukraine into investigating the Bidens. The impeachment was triggered by a [whistleblower complaint](#) about a phone call between Trump and Ukrainian

President Volodymyr Zelensky two months prior. The "whistleblower" was later identified by RealClearInvestigations as Eric Ciaramella, an intelligence official who had served as Ukraine adviser to then-Vice President Biden when he demanded Shokin's firing and to the Obama administration's other key point person for Kyiv, Victoria Nuland.

Yet Trump's infamous July 2019 phone call with Zelensky was not primarily focused on the Bidens. Instead, according to the transcript, Trump asked Zelensky to do him "a favor" and cooperate with a Justice Department investigation into the origins of Russiagate, which, he asserted, had Ukrainian links. Trump specifically invoked CrowdStrike, the Clinton campaign contractor that had generated the allegation that Russia had hacked the Democratic Party emails. CrowdStrike's allegation of Russian interference, Trump told Zelensky, had somehow "started with Ukraine."

More than four years after the call, and eight years after the 2016 campaign, the New York Times' recent revelation that the CIA relied on Ukrainian intelligence operatives to identify alleged Russian hackers adds new context to Trump's request for Zelensky's help. Asked about the Times' disclosure, a source familiar with Trump's thinking confirmed to RCI that the president was indeed referring to a Ukrainian role in the Russian hacking allegations that consumed his presidency. "That's why they impeached him," the source said. "They didn't want to be exposed."

Trump's First Impeachment



When Democrats targeted Trump for impeachment over his phone call with Zelensky, left, the rookie Ukrainian leader was just months into a mandate that

he had won on a pledge to end the Donbas war. The impeachment helped harden attitudes toward Russia, and against negotiated peace.

Wikipedia

The first impeachment of Donald Trump once again inserted Ukraine into the highest levels of U.S. politics. But the impact may have been even greater in Ukraine.

When Democrats targeted Trump for his phone call with Zelensky, the rookie Ukrainian leader was just months into a mandate that he had won on a pledge to end the Donbas war. In his [inaugural address](#), Zelensky promised that he was “not afraid to lose my own popularity, my ratings,” and even “my own position – as long as peace arrives.”

In their lone face-to-face meeting, held on the sidelines of the United Nations General Assembly, Trump tried to encourage Zelensky to negotiate with Russia. “I really hope that you and President Putin can get together and solve your problem,” Trump said, referring to the Donbas war. “That would be a tremendous achievement.”

But Ukraine’s powerful ultra-nationalists had other plans. Right Sector co-founder Dmytro Yarosh, commander of the Ukrainian Volunteer Army, responded: “No, he [Zelensky] would lose his life. He will hang on some tree on Khreshchatyk [Kyiv’s main street] – if he betrays Ukraine” by making a peace with the Russian-backed rebels.

By impeaching Trump for pausing U.S. weaponry to Ukraine, Democrats sent a similar message. Trump, the [final House impeachment report](#) proclaimed, had “compromised the national security of the United States.” In his opening statement at Trump’s Senate trial, Rep. Adam Schiff – then seeking to rebound from the collapse of the Trump-Russia conspiracy theory – declared: “The United States aids Ukraine and her people, so that we can fight Russia over there, and we don’t have to fight Russia here.”

Other powerful Washington officials, including star impeachment witness William Taylor, then serving as the chief U.S. diplomat in Ukraine, pushed Zelensky toward conflict.

Just before the impeachment scandal erupted in Washington, Zelensky was “expressing curiosity” about the Steinmeier Formula, a German-led effort to revive the stalled Minsk process, which he “hoped might lead to a deal with the Kremlin,” Taylor later recounted to the Washington Post. But Taylor disagreed. “No one knows what it is,” Taylor told Zelensky of the German plan. “Steinmeier doesn’t know what it is ... It’s a terrible idea.”

With both powerful Ukrainian ultra-nationalists and Washington bureaucrats opposed to ending the Donbas war, Zelensky ultimately abandoned the peace platform that he was elected on. "By early 2021," the Post reported, citing a Zelensky ally, "Zelensky believed that negotiations wouldn't work and that Ukraine would need to retake the Donetsk and Luhansk regions 'either through a political or military path.'"

The return of the Biden team to the Oval Office in January 2021 appears to have encouraged Zelensky's confrontational path. By then, polls showed the rookie president [trailing OPFL, the opposition party](#) with the second-most seats in parliament and headed by Viktor Medvedchuk, a Ukrainian mogul close to Putin.

The following month, Zelensky offered his response to waning public support. Three OPFL-tied television channels were taken off the air. Two weeks later, Zelensky followed up by seizing the assets of Medvedchuk's family, including a pipeline that brought Russian oil through Ukraine. Medvedchuk was also charged with treason.

Zelensky's crackdown drew harsh criticism, including from close allies. "This is an illegal mechanism that contradicts the Constitution," Dmytro Razumkov, the speaker of the parliament and a manager of Zelensky's presidential campaign, complained.

Yet Zelensky won praise from the newly inaugurated Biden White House, while hailed his effort to "counter Russia's malign influence."

It turns out that the U.S. not only applauded Zelensky's domestic crackdown, but inspired it. Zelensky's first national security adviser, Oleksandr Danyliuk, [later revealed](#) to Time Magazine that the TV stations' shuttering was "conceived as a welcome gift to the Biden Administration." Targeting those stations, Danyliuk explained, "was calculated to fit in with the U.S. agenda." And the U.S. was a happy recipient. "He turned out to be a doer," a State Department official approvingly [said of Zelensky](#). "He got it done."

Just days after receiving Zelensky's "welcome gift" in March 2021, the Biden administration approved its first military package for Ukraine, [valued at \\$125 million](#). That same month, Ukraine's National Security and Defense Council approved a strategy to recover all of Crimea from Russian control, including by force. By the end of March, intense fighting resumed in the Donbas, shattering months of a relatively stable ceasefire.

Russia offered its own reaction. Two days after its ally Medvedchuk's assets were seized in February, Russia deployed thousands of troops to the Ukraine

border, the beginning of a build-up that ultimately topped 100,000 and culminated in an invasion one year later.

The Kremlin, Medvedchuk claimed, was acting to protect Russophile Ukrainians targeted by Zelensky's censorship. "When they close TV channels that Russian-speaking people watched, when they persecute the party these people voted for, it touches all of the Russian-speaking population," he said.

Medvedchuk also warned that the more hawkish factions of the Kremlin could use the crackdown as a pretext for war. "There are hawks around Putin who want this crisis. They are ready to invade. They come to him and say, 'Look at your Medvedchuk. Where is he now? Where is your peaceful solution? Sitting under house arrest? Should we wait until all pro-Russian forces are arrested?'"

A Whistleblower Silenced on Alleged Biden Corruption



Telizhenko's efforts to expose the Bidens' alleged corruption in Ukraine increasingly drew the attention of U.S. officials, who sought to undermine his claims by casting him as a Russian agent. Above, in the prosecutor general's office in 2015. On the wall, a portrait of poet Taras Shevchenko, symbol of Ukrainian nationhood.

Andrii Telizhenko

Along with encouraging a proxy war with Russia in Ukraine, the first Trump impeachment also promoted the highly dubious Democratic Party narrative that scrutiny of Ukrainian interference in U.S. politics was a "conspiracy theory" or "Russian disinformation." Another star impeachment witness, Lt. Col. Alexander Vindman, who leaked the Trump/Zelensky phone call to Ciaramella, testified that Telizhenko – who had blown the whistle on Ukrainian collusion with the DNC – was "not a credible individual."

Telizhenko was undeterred. After detailing reliable evidence of Ukrainian's 2016 election interference to Politico, Telizhenko continued to speak out – and increasingly drew the attention of government officials who sought to undermine his claims by casting him as a Russian agent.

Beginning in May 2019, Telizhenko cooperated with Rudy Giuliani, then acting as Trump's personal attorney, in his effort to expose information about the Bidens' alleged corruption in Ukraine. During Giuliani's visits to Ukraine, Telizhenko served as an adviser and translator.

That same year, Telizhenko testified to the Federal Election Commission (FEC) as part of a probe into whether the DNC's 2016 collusion with the Ukrainian embassy violated campaign finance laws. By contrast, multiple DNC officials refused to testify. Telizhenko then cooperated with a separate Senate probe, co-chaired by Republicans Chuck Grassley and Ron Johnson, on how Hunter Biden's business dealings impacted U.S. policy in Ukraine.

By the lead-up to the 2020 election, Telizhenko found himself the target of a concerted effort to silence him. As the Senate probed Ukraine, the FBI delivered a classified warning echoing Democrats' talking points that Telizhenko was among the "known purveyors of Russian disinformation narratives" about the Bidens. In response, GOP Sen. Johnson dropped plans to subpoena Telizhenko. Nevertheless, Telizhenko's communications with Obama administration officials and his former employer Blue Star Strategies were heavily featured in Johnson and Grassley's [final report](#) on the Bidens' conflicts of interest in Ukraine, released in September 2020.

The U.S. government's claims of yet another Russian-backed plot to hurt a Democratic Party presidential nominee set the stage for another highly

consequential act of election interference. On October 14, 2020, the New York Post published the first in a series of stories detailing how Hunter Biden had traded on his family name to secure lucrative business abroad, including in Ukraine. The Post's reporting, based on the contents of a laptop Hunter's had apparently abandoned in a repair shop, also raised questions about Joe Biden's denials of involvement in his son's business dealings.

The Hunter Biden laptop emails pointed to the very kind of influence-peddling that the Biden campaign and Democrats routinely accused Trump of. But rather than allow voters to read the reporting and judge for themselves, the Post's journalism was subjected to a smear campaign and a censorship campaign unparalleled in modern American history. In a [statement](#), a group of more than 50 former intelligence officials – including John Brennan, the former CIA chief – declared that the Hunter Biden laptop story “has all the classic earmarks of a Russian information operation.” Meanwhile, Facebook and Twitter prevented the story from being shared on their social media networks.

The FBI lent credence to the intelligence veterans' false claim by launching a probe into whether the laptop contents were part of a “Russian disinformation” campaign aiming to hurt Biden. The bureau initiated this effort despite having been in possession of Hunter Biden's laptop, which it had verified as genuine, for almost a year. To buttress innuendo that the laptop was a Russian plot, [a CNN report](#) suspiciously noted that Telizhenko had posted an image on social media featuring Trump holding up an edition of the New York Post's laptop story.

In January 2021, shortly before Biden took office, the U.S. Treasury Department followed suit by imposing sanctions on Telizhenko for allegedly “having directly or indirectly engaged in, sponsored, concealed, or otherwise been complicit in foreign influence in a United States election.”

Treasury, however, did not release any evidence to support its claims. Two months later, the department issued a [similar statement](#) in announcing sanctions on former Manafort aide Konstantin Kilimnik, whom it accused of being a “known Russian Intelligence Services agent implementing influence operations on their behalf.” Treasury's actions followed a bipartisan Senate Intelligence report that also accused Kilimnik of being a Russian spy. As RealClearInvestigations [has previously reported](#), neither the Treasury Department or Senate panel [provided any evidence](#) to support their allegations about Kilimnik, which were called into question by countervailing information that RCI brought to light. Just like Telizhenko, Kilimnik had extensive contacts with the Obama administration, whose State Department treated him as a trusted source.

The U.S. government's endorsement of Democratic claims about Zelenskyy had a direct impact on the FEC investigation into DNC-Ukrainian collusion, in which he had testified. In August 2019, the FEC initially sided with Zelenskyy and [informed](#) Alexandra Chalupa – the DNC operative whom he outed for targeting Paul Manafort – that she plausibly violated the Federal Election Campaign Act by having “the Ukrainian Embassy... [perform] opposition research on the Trump campaign at no charge to the DNC.” The FEC also noted that the DNC “does not directly deny that Chalupa obtained assistance from the Ukrainians nor that she passed on the Ukrainian Embassy’s research to DNC officials.”

But when the Treasury Department sanctioned Zelenskyy in January 2021, the FEC suddenly reversed course. As RealClearInvestigations has [previously reported](#), the FEC closed the case against the DNC without punitive action. Democratic commissioner Ellen Weintraub [even dismissed allegations](#) of Ukrainian-DNC collusion as “Russian disinformation.” As evidence, she pointed to media reports about Zelenskyy and the recent Treasury sanctions against him.

Yet Zelenskyy's detractors have been unable to adduce any concrete evidence tying him to Russia. A January 2021 intelligence community report, declassified two months later, accused Russia of waging “influence operations against the 2020 US presidential election” on behalf of Trump. It made no mention of Zelenskyy. The Democratic-led claims of Zelenskyy's supposed Russian ties are additionally undermined by his extensive contact with Obama-Biden administration officials, as journalist John Solomon [reported in September 2020](#).

Zelenskyy says he has “no connection at all” to the Russian government or any effort to amplify its messaging. “I’m ready,” he says. “Let the Treasury Department publish what they have on me, and I’m ready to go against them. Let them show the public what they have. They have nothing ... I am ready to talk about the truth. They are not.”

Epilogue

Just as Zelenskyy has been effectively silenced in the U.S. establishment, so has the Ukrainian meddling that he helped expose. Capturing the prevailing media narrative, the Washington Post recently claimed that Trump has “falsely blamed Ukraine for trying to help Democratic rival Hillary Clinton,” which, the Post added, is “a smear spread by Russian spy services.” This narrative ignores a voluminous record that includes Ukrainian officials admitting to helping Clinton.

As the Biden administration successfully pressured Congress to approve its \$61 billion funding request for Ukraine, holdout Republicans were similarly accused of parroting the Kremlin. Shortly before the vote, two influential Republican committee chairmen, Reps. Mike Turner of Ohio and Mike McCaul of Texas, claimed that unnamed members of their caucus were repeating Russian propaganda. Zelensky also asserted that Russia was manipulating U.S. opponents of continued war funding: “When we talk about the Congress — do you notice how [the Russians] work with society in the United States?”

Now that Biden has signed that newly authorized funding into law, the president and his senior aides have been handed the means to extend a proxy war that they launched a decade ago and that continues to ravage Ukraine. In yet another case of Ukraine playing a significant role in domestic U.S. politics, Biden has also secured a boost to his bid for reelection. As the New York Times [recently observed](#): “The resumption of large-scale military aid from the United States all but ensures that the war will be unfinished in Ukraine when Americans go to the polls in November.”

Correction, Thursday, May 2, 3:13 p.m. Eastern.

This article has been revised to reflect the following correction:

A previous version misstated the position of Peter Wittig. He was Germany's Ambassador to the U.S., not the U.S. Ambassador to Germany.